

Auf einen Blick

- In Deutschland kostete 2013 eine Arbeitsstunde in der Privatwirtschaft 31,3 Euro. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit wie im Vorjahr an achter Stelle. Die deutschen Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor in Höhe von 28,7 Euro waren in 2013 – nach einem starken Anstieg in 2012 – wieder nur unterdurchschnittlich gestiegen. Dabei liegen sie schon um über 20 % unterhalb der Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe in Höhe von 36,2 Euro.
- Deutschlands weit unterdurchschnittliche Arbeits- und Lohnstückkostenentwicklung seit Beginn der Währungsunion hat maßgeblich zu den wirtschaftlichen Ungleichgewichten in der Eurozone beigetragen.
- Die Krisenländer haben ihre Arbeits- und Lohnstückkosten in der Zwischenzeit bereits soweit nach unten korrigiert, dass sie mit der Zielinflationsrate der EZB von mittelfristig knapp 2 % kompatibel sind. Dagegen müssten die Löhne in Deutschland über mehrere Jahre hinweg um mehr als 3 % zulegen, um so den Anpassungsprozess der Krisenländer zu unterstützen und Deflationsgefahren im Euroraum zu begegnen.

Deutschlands Lohn- und Arbeitskostenentwicklung wieder zu schwach

Analyse der neuesten, revidierten Eurostat-Daten zur Arbeitskostenentwicklung in der EU für 2013 und das erste Halbjahr 2014

Alexander Herzog-Stein, Ulrike Stein, Rudolf Zwiener



Videostatement:
Gustav Horn zum
Report Nr. 100
<http://bit.ly/imkreport100>



Inhaltsverzeichnis

Die Entwicklung der Arbeitskosten in der EU nach der Revision	2
Die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft	2
Die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor	6
Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe	7
Die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor	8
Arbeitskosten allein kein Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit	9
Lohnstückkostenentwicklung und gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte im Euroraum	13
Lohnsteigerungen sollten gesamtwirtschaftlich orientiert sein	15
Methodischer Anhang	19
Literatur	24

Die Entwicklung der Arbeitskosten in der EU nach der Revision

Das IMK vergleicht seit acht Jahren regelmäßig die Entwicklung der deutschen Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde in Deutschland mit denen in anderen europäischen Ländern (erstmalig Düthmann et al. 2006, zuletzt Herzog-Stein et al. 2013a). Die Berechnungen der Arbeitskosten je Stunde basieren auf offiziellen Angaben von nationalen Statistikämtern, die an Eurostat übermittelt werden und die durch die Eurostat Online Datenbank der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Daten werden zum Zwecke der Vergleichbarkeit nach einheitlichen Standards erhoben. Grundlage für die Berechnung des Niveaus der Arbeitskosten je Arbeitsstunde bildet die Arbeitskostenerhebung (AKE), die seit dem Jahr 2000 alle vier Jahre durchgeführt wird. Einen Überblick über die zugrunde liegenden Definitionen sowie die Abgrenzungen und Fortschreibungsverfahren findet sich im methodischen Anhang in diesem Report. Seit Kurzem liegen die Daten der letzten AKE aus dem Jahr 2012 vor, so dass nun diese als Ausgangspunkt der Berechnungen dienen. In den Jahren zwischen den einzelnen Arbeitskostenerhebungen wird zur Ermittlung der Arbeitskosten je Stunde auf den vierteljährlichen Arbeitskostenindex (AKI) zurückgegriffen und damit die Niveaus ermittelt und fortgeschrieben.

Durch die neueste AKE aus dem Jahr 2012 liegen nun aktuellere Informationen über die Arbeitskostenniveaus in den einzelnen Mitgliedsstaaten vor. Von manchen Ländern, wie beispielsweise Deutschland, werden diese Informationen genutzt, um auch die Entwicklung der Arbeitskosten konsistent anzupassen, was dann zu entsprechenden Revisionen im AKI führt. Diese Vorgehensweise wird allerdings nicht in allen Ländern praktiziert, so dass sich in manchen Staaten zum Teil deutliche Niveauunterschiede in den Arbeitskosten je Stunde ergeben, je nachdem ob die Primärdaten aus den Jahren 2008 oder 2012 zugrunde gelegt werden.

Für Schweden liegt das Arbeitskostenniveau im Jahr 2012 nach der AKE 2012 um 2,1 Euro niedriger als bei einer Fortschreibung unter Verwendung der AKE 2008. Eine andere deutliche Abweichung ergibt sich für Dänemark, das nach den neuesten Informationen nun um 1,5 Euro höhere Arbeitskosten je Stunde hat. In den allermeisten Ländern betragen die Unterschiede aber weniger als einen Euro. Dies macht noch einmal deutlich, dass ausgewiesene Arbeitskostenunterschiede zwischen den Ländern im Nachkommabereich nicht als statistisch signifikant interpretiert werden dürfen.

Neben der neuen AKE 2012 führten auch Revisionen in weiteren Datenquellen „zu Anpassungen in den Wachstumsraten des AKI für alle Berichtsquartale ab dem ersten Quartal 2008“ (Statistisches Bundesamt 2014b). In der Konsequenz sind Vergleiche der Arbeitskostenniveaus in diesem Report mit denen aus früheren Veröffentlichungen nur eingeschränkt möglich. Auch wenn sich in einigen Ländern etwas größere Abweichungen ergeben und die Länder dadurch beim Ranking der Arbeitskosten sogar die Plätze getauscht haben, hat sich das grundlegende Bild der Entwicklung der Arbeitskosten, vor allem die der deutschen, nicht verändert.

Im Jahr 2013 ist Kroatien als weiteres Land in die EU aufgenommen worden. Somit umfasst die EU in der Analyse 28 Länder. Der Euroraum bestand 2013 noch aus 17 Mitgliedsstaaten.¹

Im Folgenden werden zunächst die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft, im privaten Dienstleistungssektor, dem Verarbeitenden Gewerbe und dem öffentlichen Dienstleistungssektor untersucht. Anschließend werden die Lohnstückkosten im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU analysiert und die lohnpolitischen Empfehlungen der jüngsten Vergangenheit diskutiert.

Die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft

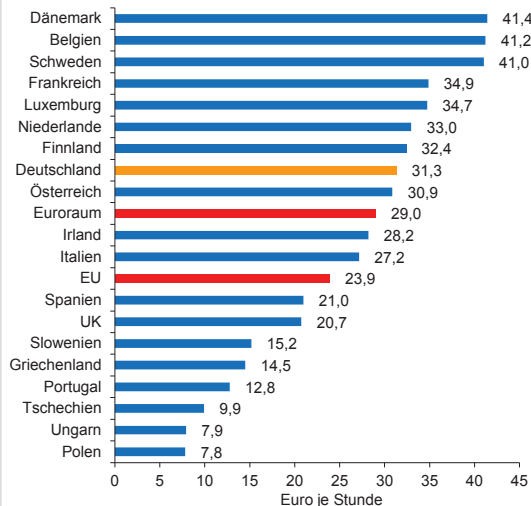
Nachfolgend werden die Arbeitskosten je geleistete Stunde für die Volkswirtschaften des Euroraums und der Europäischen Union in der Privatwirtschaft im Jahr 2013 dargestellt. Die Privatwirtschaft besteht aus dem Produzierenden Gewerbe und dem privaten Dienstleistungssektor. Die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft in Deutschland lagen im Jahr 2013 bei 31,3 Euro je geleistete Arbeitsstunde (Abbildung 1). Im Ranking der 28 betrachteten europäischen Volkswirtschaften nimmt Deutschland wieder wie in den Vorjahren den achten Platz ein, hinter Finnland (32,4 Euro) und knapp vor Österreich (30,9 Euro).

Im Vergleich der Arbeitskosten in der Privatwirtschaft gehört Deutschland damit in den unteren Bereich der Gruppe der EU-Hochlohnländer. Das sind die neun Volkswirtschaften, deren Arbeitskosten höher als die durchschnittlichen Arbeitskosten im Euroraum (29,0 Euro) liegen. Diese Gruppe ist jedoch recht heterogen. So reicht die Spanne der beobachteten Arbeitskosten im Jahr 2013 von 30,9 Euro in Österreich bis zu 41,4 Euro

¹ Lettland ist seit 2014 neues Mitglied im Währungsraum. Zum Zeitpunkt der Analyse lagen die Informationen für 26 der 28 Mitgliedsstaaten der EU vor. Für Belgien und Griechenland gab es zwar Informationen zum AKI, aber noch keine Informationen zur AKE 2012. Für diese beiden Länder wird deshalb weiterhin auf die AKE 2008 zurückgegriffen.

ABBILDUNG 1

Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde¹ in der Privatwirtschaft² im Jahr 2013



Anmerkung: Daten für Belgien und Griechenland basieren noch auf der AKE 2008, da für diese Länder noch keine Daten der AKE 2012 vorlagen. Durchschnitte für Euroraum und EU ohne Belgien und Griechenland.

¹ Auszubildende werden bei den Arbeitskosten und bei den geleisteten Stunden berücksichtigt.

² Wirtschaftszweige B-N (NACE Rev. 2); B-F: Produzierendes Gewerbe, G-N: Marktbestimmte Dienstleistungen.

Quellen: Eurostat; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IMK (Datenstand 20.10.2014).



in Dänemark. Die höchsten Arbeitskosten haben Dänemark, Belgien (41,2 Euro) und Schweden (41,0 Euro). Mit deutlichem Abstand folgen Frankreich (34,9 Euro), Luxemburg (34,7 Euro) und die Niederlande (33,0 Euro).

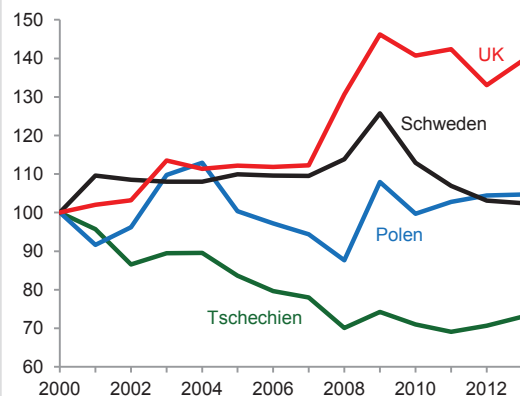
In neunzehn Volkswirtschaften liegen die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft unter dem Euroraum-Durchschnitt (Tabelle 1). Die Spanne der Arbeitskosten ist in dieser Ländergruppe wesentlich ausgeprägter als in der Gruppe der Hochlohnländer. Sie reicht von 28,2 Euro in Irland und 27,2 Euro in Italien, deren Arbeitskosten nur leicht unter dem Euroraum-Durchschnitt aber deutlich über dem EU-Durchschnitt von 23,9 Euro pro Arbeitsstunde liegen, bis zu lediglich 3,7 Euro in Bulgarien. Insgesamt haben zehn Länder Arbeitskosten, die unter zehn Euro pro geleistete Arbeitsstunde liegen. Die große Mehrzahl der Länder, siebzehn an der Zahl, hat Arbeitskosten, die unterhalb des EU-Durchschnitts liegen.

Die Entwicklung der Arbeitskosten in den einzelnen Volkswirtschaften war zuletzt sehr heterogen. Nach einem Zuwachs um 2,2 % im Jahr 2012 nahmen die Arbeitskosten im Jahr 2013 sowohl im EU-Durchschnitt als auch im Euroraum-Durchschnitt mit Veränderungsrate von 1,3 % beziehungsweise 1,2 % nur sehr schwach zu. Die deutschen Arbeitskosten entwickelten sich mit einer Zuwachsrate von 1,4 % im Jahr 2013 ähnlich schwach, nachdem sie im Vorjahr noch überdurchschnittlich stark (2,8 %) zugenommen hatten. Mit einer Veränderungsrate von 8,5 % verzeichnete Bulgarien, ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau, die höchsten Zuwächse. Hohe Zuwächse verzeichneten darüber hinaus Estland (7,9 %) und Litauen (7,2 %). Unter den Volkswirtschaften, die zu der Gruppe der Hochlohnländer gezählt werden, nahmen die Arbeitskosten in Luxemburg und den Niederlanden (jeweils 3,2 %) und Österreich (3,0 %) deutlich zu. Mit Ausnahme Frankreichs (0,2 %) stiegen die Arbeitskosten in allen Hochlohnländern zumindest stärker als im EU-Durchschnitt.

Im Vereinigten Königreich gingen die Arbeitskosten auf Eurobasis gerechnet mit einer Veränderungsrate von -3,5 % deutlich zurück. Dies ist aber auf die erhebliche Abwertung des britischen Pfundes gegenüber dem Euro zurückzuführen (Abbildung 2). Gegenüber dem Vorjahr verlor das Britische Pfund rund 4,7 % an Wert. Allerdings war die Zunahme der Arbeitskosten in nationaler Währung mit einer Zuwachsrate von 1,0 % ebenfalls unterdurchschnittlich.

ABBILDUNG 2

Wechselkurse ausgewählter Länder gegenüber dem Euro 2000=100



Eine steigende (fallende) Linie bedeutet, dass die nationale Währung gegenüber dem Euro abwertet (aufwertet).

Quelle: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IMK.



Arbeitskosten je Stunde in Euro nach Wirtschaftszweigen in 2013

	Privatwirtschaft ¹				Privater Dienstleistungssektor ²				Verarbeitendes Gewerbe ³			
	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LCU ⁴	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LCU ⁴	AK/ Stunde	Position	% in Euro ⁴	% in LCU ⁴
Dänemark	41,4	1	1,3	1,4	42,0	1	1,2	1,4	40,9	3	1,6	1,8
Belgien	41,2	2	1,9	1,9	41,2	2	2,0	2,0	42,7	1	1,7	1,7
Schweden	41,0	3	2,4	1,8	40,6	3	2,5	1,9	42,2	2	2,0	1,4
Frankreich	34,9	4	0,2	0,2	34,8	5	0,2	0,2	35,9	5	0,8	0,8
Luxemburg	34,7	5	3,2	3,2	37,5	4	3,4	3,4	30,8	9	2,4	2,4
Niederlande	33,0	6	3,2	3,2	32,2	6	3,2	3,2	34,2	7	3,5	3,5
Finnland	32,4	7	1,7	1,7	30,9	7	1,8	1,8	35,3	6	1,0	1,0
Deutschland	31,3	8	1,4	1,4	28,7	9	0,3	0,3	36,2	4	3,3	3,3
Österreich	30,9	9	3,0	3,0	29,6	8	3,1	3,1	33,4	8	3,1	3,1
Irland	28,2	10	0,5	0,5	27,2	10	1,0	1,0	30,3	10	-0,6	-0,6
Italien	27,2	11	2,2	2,2	27,1	11	2,3	2,3	27,3	11	1,8	1,8
Spanien	21,0	12	0,3	0,3	20,2	13	0,0	0,0	22,7	12	1,1	1,1
UK	20,7	13	-3,5	1,0	20,7	12	-3,2	1,3	20,5	13	-3,3	1,3
Zypern	16,0	14	-3,9	-3,9	16,5	14	-3,7	-3,7	13,0	16	-3,4	-3,4
Slowenien	15,2	15	-1,1	-1,1	15,8	15	-2,0	-2,0	14,7	14	0,6	0,6
Griechenland	14,5	16	-6,8	-6,8	14,4	16	-7,4	-7,4	14,1	15	-4,0	-4,0
Portugal	12,8	17	-0,7	-0,7	14,0	17	-1,1	-1,1	10,8	18	-1,1	-1,1
Malta	11,7	18	2,4	2,4	12,0	18	2,6	2,6	12,5	17	2,1	2,1
Tschechien	9,9	19	-2,1	1,2	10,2	19	-2,9	0,3	9,6	19	-0,5	2,8
Estland	9,6	20	7,9	7,9	9,7	21	7,7	7,7	8,9	21	7,9	7,9
Slowakei	9,5	21	3,0	3,0	9,6	22	1,4	1,4	9,4	20	5,7	5,7
Kroatien	9,4	22	0,9	1,6	10,1	20	0,2	1,0	8,1	22	1,2	1,9
Ungarn	7,9	23	-0,3	2,3	8,1	23	-1,2	1,3	7,6	23	0,9	3,6
Polen	7,8	24	3,1	3,4	7,8	24	3,4	3,7	7,0	24	3,1	3,4
Lettland	6,5	25	4,0	4,7	6,8	25	3,7	4,3	5,8	26	5,1	5,7
Litauen	6,3	26	7,2	7,2	6,5	26	6,7	6,7	5,8	25	5,7	5,7
Rumänien	4,5	27	4,5	3,7	4,7	27	3,7	2,7	3,9	27	6,3	5,4
Bulgarien	3,7	28	8,5	8,4	4,0	28	11,3	11,2	3,0	28	5,1	5,1
Euroraum	29,0		1,2	1,2	28,0		0,7	0,7	31,2		2,3	2,3
EU	23,9		1,3	1,3	23,8		1,0	1,0	24,7		2,3	2,3

Anmerkung: Daten für Belgien und Griechenland basieren noch auf der AKE 2008, da für diese Länder noch keine Daten der AKE 2012 vorlagen. Durchschnitte für Euroraum und EU ohne Belgien und Griechenland.

¹ Wirtschaftszweige B-N; B-F: Produzierendes Gewerbe, G-N: Marktbestimmte Dienstleistungen.

² Wirtschaftszweige G-N; G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; H: Verkehr und Lagerei; I: Gastgewerbe; J: Information und Kommunikation; K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; L: Grundstücks- und Wohnungswesen; M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

³ Wirtschaftszweig C: Verarbeitendes Gewerbe.

⁴ Veränderungsrate in Prozent im Vergleich zum Vorjahr in Euro bzw. in Landeswährung.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK (Datenstand 20.10.2014).



In den Krisenländern innerhalb des Euroraums waren die zu beobachtenden Veränderungen der Arbeitskosten in der Privatwirtschaft im Jahr 2013 teilweise wieder drastisch. In Griechenland gingen die Arbeitskosten abermals sehr stark zurück (-6,8 %), nachdem sie auch 2012 um 5,8 % zurückgegangen waren. In Zypern und Portugal waren die Arbeitskosten mit -3,9 % beziehungsweise -0,7 % ebenfalls rückläufig. In Irland (0,5 %) und Spanien (0,3 %) stagnierten die Arbeitskosten mehr oder weniger. Nur in Italien nahmen die Arbeitskosten 2013 um 2,2 % zu.

Eine längerfristige Betrachtung der Arbeitskostenentwicklung in der Privatwirtschaft in den europäischen Volkswirtschaften veranschaulicht das tatsächliche Ausmaß der in den vergangenen Jahren stattfindenden Anpassungsprozesse in den Krisenländern (Tabelle 2). So gingen die Arbeitskosten in Griechenland im Zeitraum der Jahre 2008 bis 2013 im Durchschnitt um 2,5 % pro Jahr zurück. Der Rückgang der Arbeitskosten in Griechenland seit 2008 war so dramatisch, dass in der längerfristigen Betrachtung seit dem Jahr 2000 in Griechenland die

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde in Landeswährung von 2000 bis 2013 in der Privatwirtschaft¹

	2000-2008		2008-2013		2000-2013	
	Landeswährung	Euro	Landeswährung	Euro	Landeswährung	Euro
Griechenland	3,4		-2,5		1,1	
Portugal	3,1		0,1		1,9	
Deutschland	1,8		2,2		2,0	
Euroraum	2,8		2,2		2,6	
Frankreich	3,2		1,9		2,7	
Niederlande	3,2		2,0		2,8	
Belgien	2,7		3,0		2,8	
Österreich	2,6		3,3		2,9	
EU 28	3,5		2,1		2,9	
Italien	3,1		2,7		2,9	
Dänemark	3,6		2,3		3,1	
Schweden	3,4	(1,7)	2,8	(5,0)	3,2	(3,0)
Zypern	5,1		2,8		3,2	
Luxemburg	3,5		3,0		3,3	
Irland	5,2		0,3		3,3	
Malta	3,7		2,9		3,4	
UK	4,8	(1,4)	1,3	(0,0)	3,5	(0,9)
Spanien	4,5		1,9		3,5	
Finnland	4,3		3,0		3,8	
Slowenien	7,4		1,3		5,0	
Polen	7,0	(8,8)	3,4	-(0,2)	5,6	(5,3)
Tschechien	7,4	(12,3)	3,1	(2,3)	5,8	(8,4)
Slowakei	8,5		2,9		6,3	
Litauen	10,5	(11,4)	0,6	(0,6)	6,6	(7,1)
Ungarn	9,8	(10,2)	3,0	-(0,3)	7,1	(6,0)
Bulgarien	9,6		7,6		8,8	
Estland	12,8		3,0		8,9	
Lettland	15,6	(12,3)	1,9	(2,0)	10,1	(8,2)
Rumänien	22,3	(13,2)	6,7	(2,9)	16,0	(9,1)
Kroatien	NV	NV	-0,1	-(1,0)	NV	NV

NV = Daten nicht verfügbar

¹ Wirtschaftszweige B-N (NACE Rev. 2); B-F: Produzierendes Gewerbe, G-N: Marktbestimmte Dienstleistungen.

Quellen: Eurostat; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IMK (Datenstand 20.10.2014).



Arbeitskosten durchschnittlich um lediglich 1,1 % pro Jahr zunehmen. Griechenland weist damit mittlerweile die mit Abstand geringsten Arbeitskostenzuwächse der hier betrachteten europäischen Volkswirtschaften im langjährigen Vergleich auf.

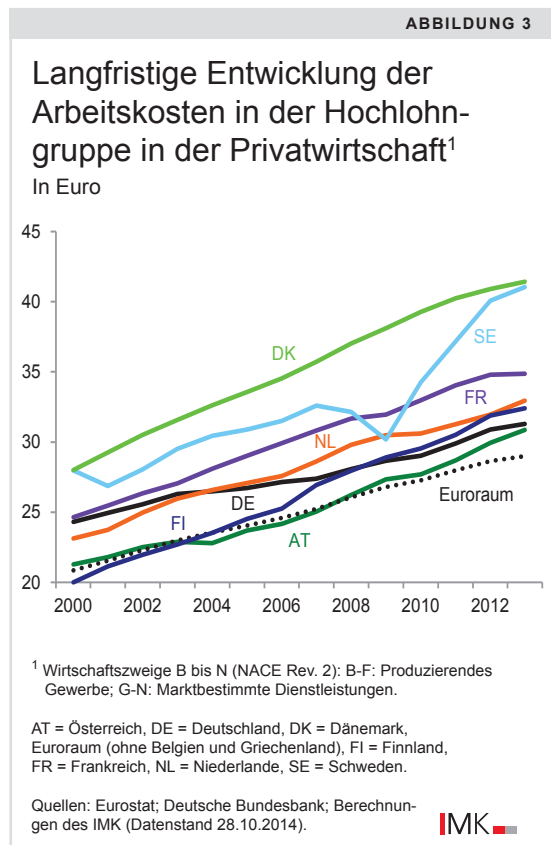
Ähnlich drastisch war die Entwicklung in Portugal und Irland. Mit durchschnittlichen Zuwachsraten von 0,1 % beziehungsweise 0,3 % pro Jahr stagnierten die Arbeitskosten faktisch in beiden Volkswirtschaften seit 2008. In der langfristigen Betrachtung seit dem Jahr 2000 verzeichnete Portugal den zweitniedrigsten Arbeitskostenanstieg.

In Spanien haben sich seit dem Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 die Zuwachsraten der Arbeitskosten mehr als halbiert. Nachdem sie bis 2008 noch deutlich überdurchschnittlich zugelegt hatten, waren die Arbeitskostenzuwächse in Spanien seitdem leicht unterdurchschnittlich.

Deutlich geringer waren dagegen bislang die zu beobachteten Anpassungen bei den Arbeitskosten in Italien. Nachdem die Arbeitskosten zwischen den Jahren 2000 und 2008 im Schnitt jährlich um 3,1 % zunahmen, liegt die durchschnittliche Zuwachsrate seit 2008 bei 2,7 %.

In der Gruppe der Hochlohnländer sticht insbesondere die Entwicklung Deutschlands heraus. Deutschland hatte im Zeitraum der Jahre 2000 bis 2008 die geringsten Arbeitskostenzuwächse aller betrachteten europäischen Volkswirtschaften. Im Durchschnitt stiegen die Arbeitskosten in Deutschland lediglich um 1,8 % pro Jahr. Seit 2008 hat sich die Arbeitskostendynamik leicht um durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte pro Jahr beschleunigt und entsprach damit der durchschnittlichen Entwicklung im Euroraum. Zwischen 2000 und 2013 sind die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft in Deutschland um 7,0 Euro gestiegen (Abbildung 3). Folglich ist Deutschland im Länderranking über die Jahre zurückgefallen und liegt 2013 nur noch knapp vor Österreich

Im ersten Halbjahr 2014 schwächte sich die Zunahme der Arbeitskosten in Deutschland weiter ab und der Zuwachs betrug, wie im Euroraum-Durchschnitt, lediglich 1,1 %. Im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres hat sich damit die Veränderungsrate der Arbeitskosten in Deutschland halbiert. Sie liegt auch unter dem EU-Durchschnitt von 1,3 %. In Österreich, das im Länderranking 2013 noch einen Platz hinter Deutschland lag, nahmen die Arbeitskosten im ersten Halbjahr 2014 um 3,4 % zu. Wenn sich diese Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2014 so fortsetzt, werden Deutschland und Österreich im nächsten Länderranking

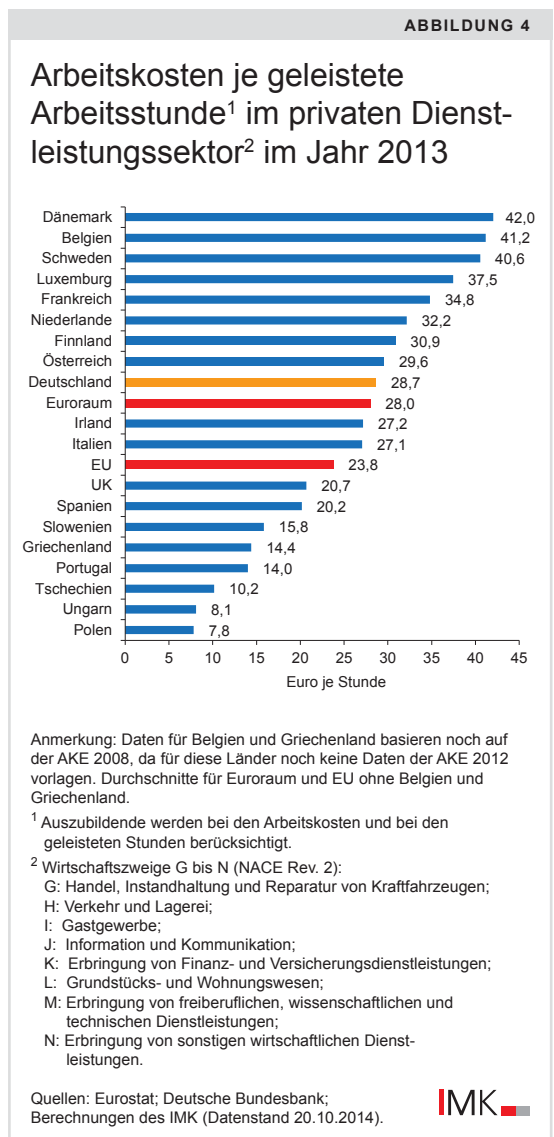


die Plätze tauschen und Deutschland wird einen weiteren Platz zurückfallen.

Die drastische Entwicklung infolge der Anpassungsprozesse in den Krisenländern scheint sich auch 2014 – zumindest teilweise fortzusetzen. Zwar liegen bislang keine Informationen für Griechenland und Irland vor, aber in Zypern gingen die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft im ersten Halbjahr 2014 um 5,3 % und in Portugal um 0,6 % zurück, nach -2,0 % beziehungsweise 0,1 % im selben Zeitraum des Vorjahres. In Spanien nahmen die Arbeitskosten leicht um 0,5 % zu; in Italien betrug die Zuwachsrate 1,1 %.

Die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor

In Bezug auf die Wertschöpfung und die Beschäftigung macht der private Dienstleistungssektor den quantitativ bedeutsameren Teil der Privatwirtschaft aus. Die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor in Deutschland beliefen sich im Jahr 2013



auf 28,7 Euro je geleistete Arbeitsstunde und waren damit nur unwesentlich höher als der Euroraum-Durchschnitt in Höhe von 28,0 Euro. Im Länderranking nimmt Deutschland wie im Vorjahr den neunten Platz ein, hinter Österreich (29,6 Euro) und vor Irland (27,2 Euro) (Tabelle 1).

Die höchsten Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor hatte Dänemark mit 42,0 Euro, gefolgt von Belgien mit 41,2 Euro und Schweden mit 40,6 Euro (Abbildung 4). Luxemburg folgt mit Arbeitskosten in Höhe von 37,5 Euro je geleistete Arbeitsstunde an vierter Stelle.

Insgesamt fielen die durchschnittlichen Zuwachsraten der Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor im Euroraum (0,7 %) und in der Europäischen Union (1,0 %) sehr verhalten aus und lagen unter denen in der Privatwirtschaft insgesamt. Auffallend ist wiederum die Entwicklung in Deutschland. Nachdem im Jahr 2012 die deutschen Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor mit einem Anstieg von 4,0 % erstmals seit Beginn der Währungsunion stärker zugenommen hatten als der Euroraum-Durchschnitt, war 2013 der Zuwachs mit 0,3 % in Deutschland deutlich niedriger als der ohnehin schon geringe Euroraum-Durchschnitt. Die niedrige Steigerungsrate in 2013 dürfte zwar teilweise auf die Laufzeiten in den Tarifverträgen, den Wegfall von Einmalzahlungen und die Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung – für die Arbeitgeber um 0,35 Prozentpunkte – in 2013 zurückzuführen sein. Weitere wichtige Gründe für die niedrigen Lohnsteigerungen in der Privatwirtschaft sind aber laut Angaben des Statistischen Bundesamtes die schwache Lohnentwicklung in den nicht tarifgebundenen Betrieben und der Rückgang von häufig erfolgsabhängigen Sonderzahlungen (Statistisches Bundesamt 2014a). Da die Tarifbindung im privaten Dienstleistungsbereich unterdurchschnittlich ist, macht sich die schwache Verdienentwicklung in den nicht tarifgebundenen Betrieben hier besonders bemerkbar.

Noch schwächer als der Arbeitskostenanstieg in der Privatwirtschaft ist die Entwicklung im privaten Dienstleistungssektor im ersten Halbjahr 2014. Hier legten die Arbeitskosten nur geringfügig um 0,4 % zu, womit sich die extrem schwache Entwicklung aus dem Jahr 2013 ungebrochen fortzusetzen scheint. Die deutschen Zuwachsraten lagen damit deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts mit 1,0 % und unterhalb des Euroraum-Durchschnitts (0,8 %).

Drastisch war der Rückgang der Arbeitskosten mit einer Veränderungsrate von -6,0 % im privaten Dienstleistungssektor in Zypern. In Portugal stagnierten die Arbeitskosten im ersten Halbjahr 2014, während sie in Italien und Spanien um 0,6 % zunahmen.

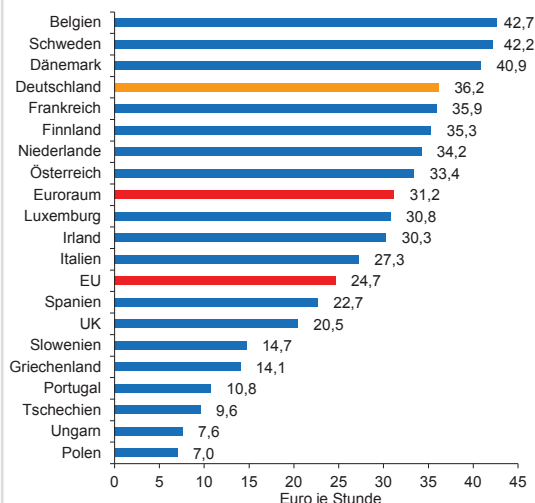
Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe

Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe sind im Durchschnitt höher als in der Privatwirtschaft insgesamt. Im Jahr 2013 belief sich der Abstand auf 2,2 Euro pro Stunde im Euroraum und 0,8 Euro in der Europäischen Union. Deutschland nimmt dabei allerdings eine besondere Rolle ein. Es ist die Volkswirtschaft mit der größten Differenz zwischen den Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe und denen in der Privatwirtschaft insgesamt; im Jahr 2013 betrug sie fast fünf Euro. Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland beliefen sich im Jahr 2013 auf 36,2 Euro je geleistete Arbeitsstunde im Vergleich zu 28,7 Euro bei den Dienstleistungen.

Im Länderranking 2013 für das Verarbeitende Gewerbe belegt Deutschland den vierten Platz (Abbildung 5). Damit ist Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um einen Platz nach vorne gerückt und hat die Position mit Frankreich (35,9 Euro) getauscht. Die höchsten Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe finden sich mit 42,7 Euro in Belgien. Auf den Plätzen 2 und 3 im Länderranking folgen Schweden und Dänemark mit 42,2 Euro je geleistete Arbeitsstunde beziehungsweise 40,9 Euro. Über dem Euroraum-Durchschnitt (31,2 Euro) liegen zudem

ABBILDUNG 5

Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde¹ im Verarbeitenden Gewerbe² im Jahr 2013



Anmerkung: Daten für Belgien und Griechenland basieren noch auf der AKE 2008, da für diese Länder noch keine Daten der AKE 2012 vorliegen. Durchschnitte für Euroraum und EU ohne Belgien, Griechenland und Malta.

¹ Auszubildende werden bei den Arbeitskosten und bei den geleisteten Stunden berücksichtigt.

² Wirtschaftszweig C (NACE Rev. 2).

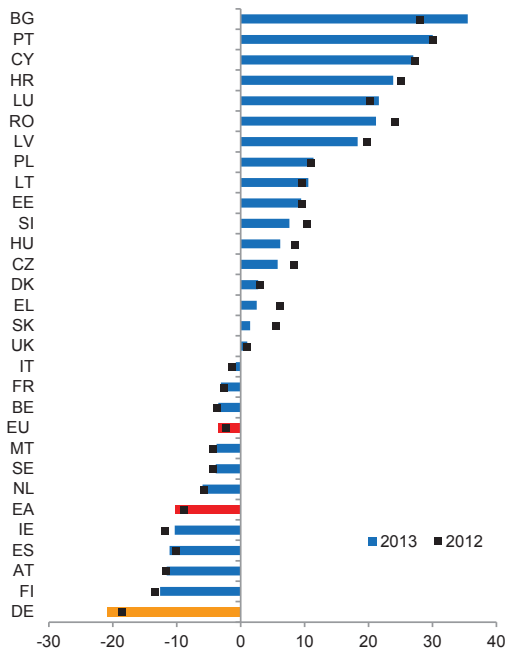
Quellen: Eurostat; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IMK (Datenstand 20.10.2014).



ABBILDUNG 6

Abweichung der Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor im Verhältnis zum Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2013

in Prozent



Anmerkung: Daten für Belgien und Griechenland basieren noch auf der AKE 2008, da für diese Länder noch keine Daten der AKE 2012 vorlagen. Durchschnitte für Euroraum und EU ohne Belgien und Griechenland.

AT = Österreich, BE = Belgien, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechien, DE = Deutschland, DK = Dänemark, EA = Euroraum, EE = Estland, EL = Griechenland, ES = Spanien, EU = Europäische Union, FI = Finnland, FR = Frankreich, HR = Kroatien, HU = Ungarn, IE = Irland, IT = Italien, LT = Litauen, LU = Luxemburg, LV = Lettland, MT = Malta, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, RO = Rumänien, SE = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UK = Vereinigtes Königreich.

Quellen: Eurostat; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IMK (Datenstand 20.10.2014).



noch die Arbeitskosten in Finnland (35,3 Euro), in den Niederlanden (34,2 Euro) und Österreich (33,4 Euro), die die Plätze sechs bis acht im Länder-ranking belegen.

Sowohl im Euroraum als auch in der Europäischen Union nahmen die Arbeitskosten im Jahr 2013 im Durchschnitt um 2,3 % zu. Damit fielen die Zuwächse etwas schwächer aus als im Vorjahr. Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland stiegen um 3,3 % gegenüber 2,4 % im Vorjahr. Damit verzeichneten sie einen deutlich überdurchschnittlichen Anstieg, nachdem er 2012 noch leicht unterdurchschnittlich gewesen war. Zusammen mit den Niederlanden (+3,5 %) und Österreich (+3,1 %) verzeichnete damit das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland in der Gruppe der Hochlohnländer den höchsten Anstieg der

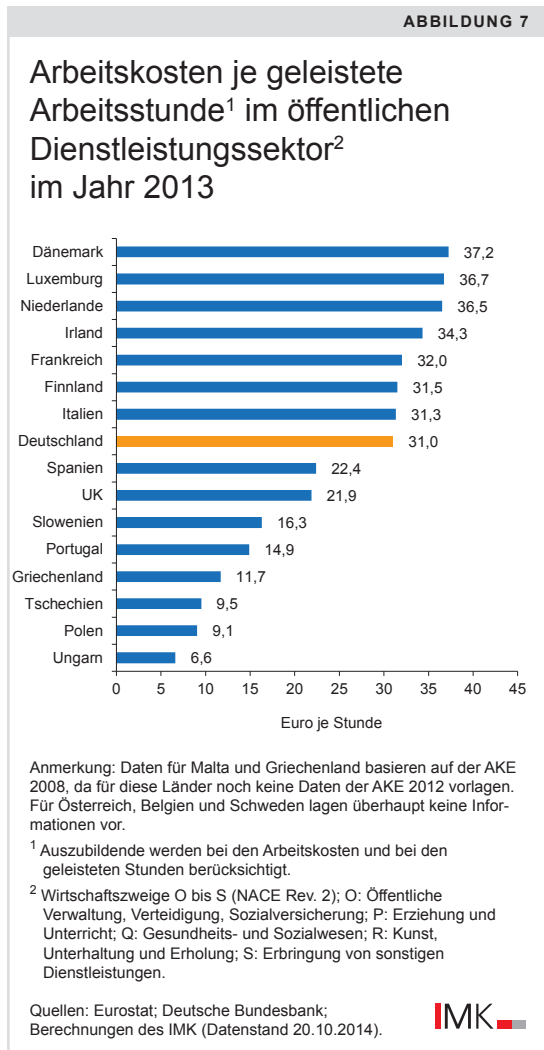
Arbeitskosten. Den schwächsten Anstieg in dieser Gruppe gab es mit einer Zuwachsrate von 0,8 % in Frankreich. Insgesamt reichte die Spanne der Veränderungsrate von 7,9 % in Estland bis zu -4,0 % in Griechenland.

Die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe nahmen im ersten Halbjahr 2014 im EU-Durchschnitt um 2,2 % und im Euroraum-Durchschnitt um 1,8 % zu. Dies ist deutlich verhaltener als im selben Zeitraum 2013, als die Zuwachsraten noch bei 2,6 % beziehungsweise bei 2,7 % gelegen hatte. In Deutschland belief sich die Zuwachsrate auf 2,3 % und war damit nur leicht überdurchschnittlich, aber auch deutlich niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (4,1 %). Wie auch schon im Jahr 2013 zeichnet sich aber auch für 2014 ab, dass die Arbeitskostenzuwächse im Verarbeitenden Gewerbe deutlich höher sein werden als im Dienstleistungssektor.

Die sehr unterschiedlichen Entwicklungen im Verarbeitenden Gewerbe und dem privaten Dienstleistungssektor in Deutschland führen dazu, dass die Arbeitskostenniveaus in beiden Wirtschaftsbereichen sich weiter auseinanderentwickeln. Während im Jahr 2000 die Arbeitskosten des Verarbeitenden Gewerbes die des privaten Dienstleistungssektors noch um 5,1 Euro überstiegen, ist dieser Abstand bis zum Jahr 2013 auf 7,5 Euro angewachsen und beträgt somit inzwischen über 20 %. In keinem anderen Land der Europäischen Union sind die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor in Relation zu denen im Verarbeitenden Gewerbe, der Industrie im engeren Sinne, so niedrig (Abbildung 6). Im Gegenteil, in vielen osteuropäischen Ländern sind die Arbeitskosten des privaten Dienstleistungssektors (zum Teil sogar deutlich) höher als die des Verarbeitenden Gewerbes. Auch die Entwicklung der deutschen Arbeitskosten im ersten Halbjahr 2014 deutet darauf hin, dass sich an dieser Tendenz nichts ändern wird.

Die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor

Im Zusammenhang mit der Krise des Euroraums und der Austeritätspolitik in vielen europäischen Ländern sind die Höhe und die Entwicklung der Arbeitskosten im öffentlichen Sektor von besonderem Interesse. Doch leider liegen hierzu keine vollständigen Angaben für alle Mitgliedsländer der Europäischen Union vor. Für Belgien, Österreich und Schweden gibt es weder Informationen aus der AKE 2008 noch aus der AKE 2012, so dass weder für diese Länder noch für den Euroraum oder die Europäische Union als Ganzes Arbeitskostenni-



veaus berechnet werden können. In Abbildung 7 werden die Arbeitskostenniveaus im öffentlichen Dienstleistungssektor der Länder gezeigt, für die Informationen vorliegen.

Für alle Volkswirtschaften gibt es allerdings Daten über den AKI. Somit können zumindest für alle EU Länder die Entwicklung der Arbeitskosten im zeitlichen Verlauf gezeigt und im europäischen Kontext Parallelen und Unterschiede analysiert werden.

Nachdem sich in vielen Ländern, für die Informationen über den gesamten Beobachtungszeitraum vorliegen, im Zeitraum 2000 bis 2008 die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor dynamischer entwickelt hatten als im privaten Dienstleistungssektor, kehrte sich diese Entwicklung in der Phase nach dem Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und der Krise des Euroraums um (Tabelle 3). Zwischen 2008 und 2013 entwickelten sich die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor in den meisten Ländern schwächer als im privaten Dienstleistungssektor.

Besonders ausgeprägt ist dieses Bild in den Krisenländern Griechenland, Portugal und Irland, wo

die Auswirkungen der Austeritätspolitik auf dramatische Art und Weise in der Entwicklung der Arbeitskosten im öffentlichen Sektor sichtbar werden. Zwischen 2008 und 2013 gingen die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor in Griechenland durchschnittlich um 7,7 % pro Jahr, in Portugal um 2,5 % pro Jahr und in Irland um 0,5 % zurück; Zypern als weiteres Krisenland verzeichnete in diesem Zeitraum ebenfalls negative jährliche Veränderungsdaten. In Spanien stagnierten die Arbeitskosten im öffentlichen Sektor in diesem Zeitraum faktisch. Dagegen lagen in Italien die durchschnittlichen Zuwachsraten bei 0,8 % pro Jahr.

Bei dem Vergleich der Entwicklung der Arbeitskosten im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor sticht zudem die Entwicklung in Deutschland heraus. Im Beobachtungszeitraum der Jahre 2000 bis 2008 entwickelten sich die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 0,9 % pro Jahr nur halb so stark wie bei den privaten Dienstleistungen. Deutschland verzeichnete damit die schwächste Dynamik bei den Arbeitskosten im öffentlichen Sektor aller betrachteten Volkswirtschaften in diesem Zeitraum. Seit 2008 stiegen die Arbeitskosten im öffentlichen Dienstleistungssektor Deutschlands mit durchschnittlichen Veränderungsdaten von 2,6 % pro Jahr nicht nur insgesamt deutlich kräftiger, sondern sogar auch etwas dynamischer als im privaten Dienstleistungssektor (2,2 %).

Arbeitskosten allein kein Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit

Mit Verweis auf die vergleichsweise hohen Arbeitskosten in den vier exportstarken Bereichen Chemie, Kraftfahrzeugbau, Elektrotechnik und Maschinenbau wehrt sich das Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) gegen den Vorwurf, die deutsche Wirtschaft würde „mit Dumpinglöhnen Wettbewerber aus dem Markt drängen“ (IW Köln 2014). Allerdings ist die Höhe der Arbeitskosten kein geeigneter Indikator, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft angemessen zu beurteilen. Vielmehr muss dafür zusätzlich noch die Arbeitsproduktivität berücksichtigt werden. Diese gibt an, welche Menge mit einem bestimmten Arbeitseinsatz produziert werden kann und ist in Deutschland vergleichsweise hoch (Abbildung 8). So kann beispielsweise eine starke Produktivitätszunahme einen Anstieg der Arbeitskosten neutralisieren oder sogar überkompensieren. Aus diesem Grund sollte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf Basis der Lohnstückkosten, dem Verhältnis von

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde im Euroraum von 2000 bis 2013 im privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor

	2000-2008		2008-2013		2000-2013	
	Privat ²	Öffentlich ³	Privat ²	Öffentlich ³	Privat ²	Öffentlich ³
Griechenland	3,4	5,8	-2,5	-7,7	1,1	0,4
Portugal	3,1	3,2	0,1	-2,5	1,9	1,0
Deutschland	1,8	0,9	2,2	2,6	2,0	1,6
Euroraum	2,8	NV	2,2	1,6	2,6	NV
Frankreich	3,2	NV	1,9	1,9	2,7	NV
Niederlande	3,2	3,6	2,0	2,3	2,8	3,1
Belgien	2,7	2,9	3,0	2,7	2,8	2,8
Österreich ¹	2,6	NV	3,3	4,2	2,9	NV
Italien	3,1	4,0	2,7	0,8	2,9	2,8
Zypern	5,1	4,9	0,3	-0,4	3,2	2,9
Luxemburg	3,5	3,6	3,0	2,8	3,3	3,3
Irland	5,2	5,6	0,3	-0,5	3,3	3,2
Malta	3,7	4,5	2,9	3,5	3,4	4,1
Spanien	4,5	NV	1,9	0,3	3,5	NV
Finnland	4,3	3,7	3,0	3,2	3,8	3,5
Slowenien	7,4	6,4	1,3	-0,2	5,0	3,8
Slowakei	8,5	9,4	2,9	4,2	6,3	7,4
Estland	12,8	13,9	3,0	1,9	8,9	9,1

NV = Daten nicht verfügbar

¹ Wert für Österreich bezieht sich auf den Zeitraum 2009-2013.

² Wirtschaftszweige G-N (NACE Rev. 2): G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; H: Verkehr und Lagerei; I: Gastgewerbe; J: Information und Kommunikation; K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; L: Grundstücks- und Wohnungswesen; M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

³ Wirtschaftszweige O bis S (NACE Rev. 2); O: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; P: Erziehung und Unterricht; Q: Gesundheits- und Sozialwesen; R: Kunst, Unterhaltung und Erholung; S: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK (Datenstand 20.10.2014).



Arbeitskosten zu Arbeitsproduktivität, und nicht anhand der Arbeitskosten beurteilt werden.

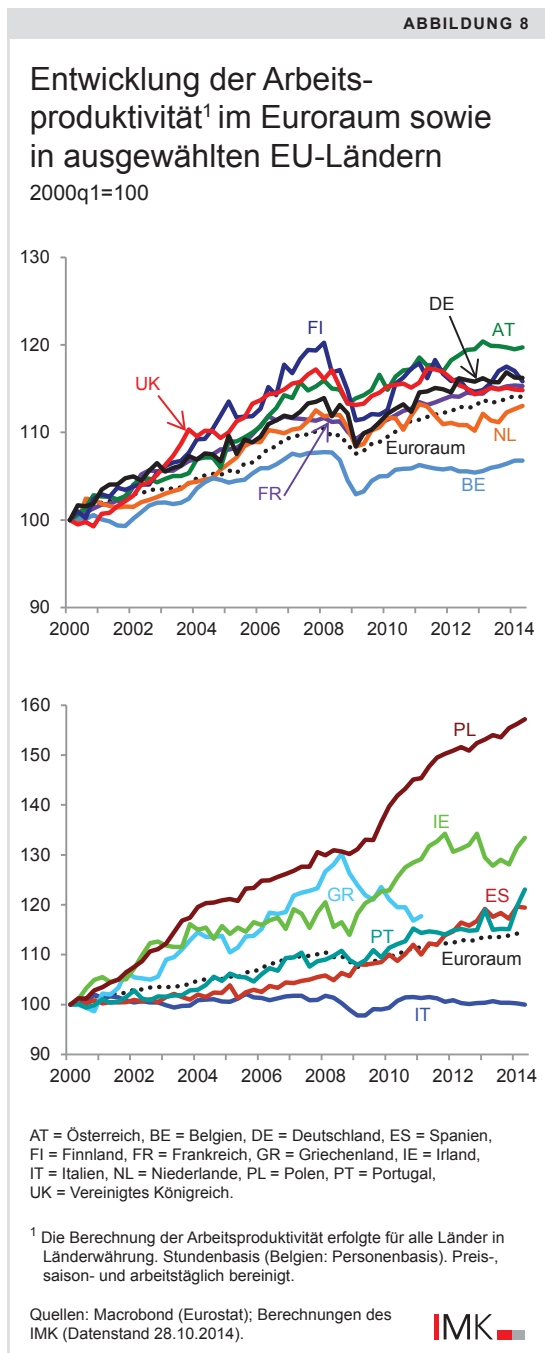
Abweichungen der Lohnstückkosten von den Preisen können sich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene vor allem durch variierende Gewinnaufschläge der Unternehmen, durch Veränderungen der Kapitalkosten und Preisveränderungen bei den importierten Einsatzfaktoren ergeben. Für Volkswirtschaften innerhalb einer Währungsunion ist die Lohnstückkostenentwicklung in Relation zu derjenigen anderer Mitgliedsländer ein guter Indikator für die Veränderung der preislichen Wettbewerbsposition einer Volkswirtschaft.

Wettbewerbsfähigkeit kann allerdings immer nur ein relatives Konzept sein. Es geht letztlich darum, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum gegenüber anderen Volkswirtschaften verändert. Des-

halb wird im Folgenden die Entwicklung der Lohnstückkosten in zahlreichen europäischen Ländern, mit denen Deutschland außenwirtschaftlich eng verflochten ist, im Vergleich zu der in Deutschland dargestellt.

Analysiert werden hier zum einen die Länder, die den Kern der Europäischen Währungsunion bilden, zum anderen sind es das Vereinigte Königreich und Polen – zwei Länder, die handelspolitisch eng mit Deutschland verflochten sind, aber mit einer eigenen Währung, deren Wechselkurs in Relation zum Euro schwanken kann. Dabei werden sowohl die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft als auch die in der Industrie² betrachtet. Die verwendeten Daten stammen dabei von Eurostat und folgen der NACE-Klassifikation Rev. 2; die hier be-

² Für Polen liegen keine Lohnstückkostendaten für die Industrie vor.



trachteten Lohnstückkosten der Industrie umfassen entsprechend die NACE-Abschnitte B, C, D und E (siehe hierzu den methodischen Anhang). Um die Entwicklung der Lohnstückkosten in den einzelnen Ländern besser miteinander vergleichen zu können, werden die Lohnstückkosten im ersten Quartal 2000 auf den Wert 100 normiert. Das bedeutet, dass die abgebildeten Verläufe die Veränderungen gegenüber diesem Startpunkt darstellen.

Im Folgenden wird die Entwicklung der Lohnstückkosten im Prinzip seit der Euro-Einführung dargestellt. Aufgrund der nach wie vor unvollständigen Datenlage beginnt der betrachtete Zeitraum allerdings erst mit dem ersten Quartal 2000 und endet mit dem zweiten Quartal 2014. Aus Grün-

den der Übersichtlichkeit werden die Länder in zwei Gruppen zusammengefasst. In der ersten Gruppe befinden sich mit Belgien, Finnland, Österreich und den Niederlanden vier kleine offene Volkswirtschaften. Darüber hinaus werden neben Deutschland mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich zwei weitere große europäische Volkswirtschaften betrachtet. Zur zweiten Gruppe gehören die Krisenländer Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien. Diese Gruppe wird ergänzt um Polen, das ähnlich wie Griechenland und Portugal ein niedriges Arbeitskostenniveau aufweist, aber einen flexiblen Wechselkurs zum Euro hat und kein Krisenland ist.

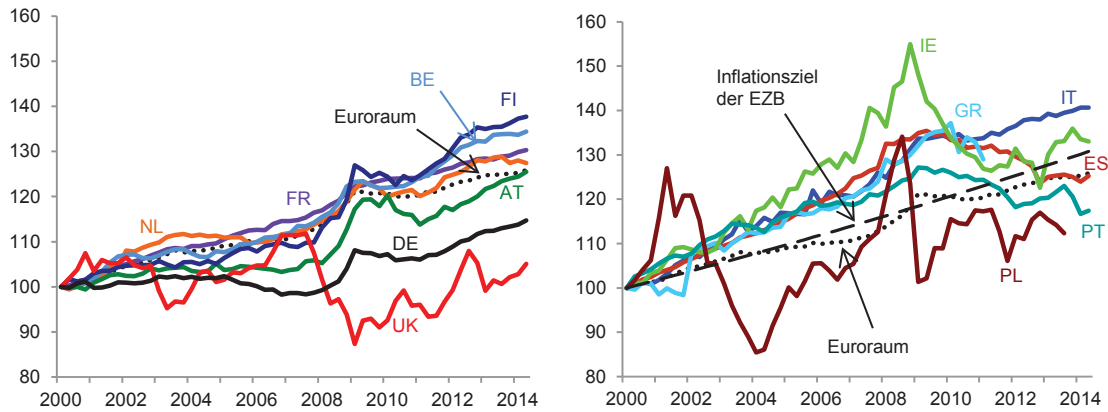
Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Deutschland sind seit dem Jahr 2000 deutlich geringer gestiegen als in allen übrigen hier betrachteten Euroländern (Abbildung 9). Unter diesen Ländern ist Deutschland das einzige, das vor 2008 über mehrere Jahre hinweg sogar sinkende Lohnstückkosten in Inlandswährung verzeichnete, was maßgeblich daran lag, dass die Lohnstückkosten in der deutschen Industrie von 2003 bis zum Beginn der Rezession im Jahr 2008 Jahr für Jahr deutlich zurückgegangen sind (Abbildung 10). Der Lohnstückkostenrückgang im Vereinigten Königreich zwischen 2007 und 2009 in Euro gerechnet war dagegen der Pfundabwertung geschuldet.

Der vergleichsweise geringe Anstieg der Lohnstückkosten verbesserte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber den Handelspartnern im Euroraum kontinuierlich und stärkte damit ihre Wettbewerbsposition gegenüber ihnen nicht nur auf dem europäischen Absatzmarkt sondern auch auf Drittmärkten. Zu einem guten Teil dadurch verursacht, stiegen in Deutschland die Leistungsbilanzüberschüsse (Abbildung 11).

In manchen Analysen werden zur Beurteilung der Veränderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes die Lohnstückkosten in der Industrie herangezogen. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten dürften allerdings besser geeignet sein, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer ganzen Volkswirtschaft abzubilden: Zum einen, weil Dienstleistungsimporte und -exporte in einigen Ländern einen hohen Anteil am gesamten Außenhandel haben. Zum anderen, weil es sinnvoll ist, den Kosteneffekt, der sich aus der Vorleistungsverflechtung mit dem Dienstleistungssektor ergibt, mit einzubeziehen. Dieser Effekt wirkt im Falle Deutschlands besonders stark entlastend, weil die Arbeitskosten je Stunde im privaten Dienstleistungssektor über 20 Prozent unter denen des Verarbeitenden Gewerbes (Industrie im engeren Sinne) liegen. Dadurch reduzieren sich rein rechnerisch

Lohnstückkostenentwicklung¹ in der Gesamtwirtschaft² im Euroraum sowie in ausgewählten EU-Ländern

2000q1=100



AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, GR = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

¹ Die Berechnung der Lohnstückkosten (auf Personenbasis; Österreich: Jobs) erfolgte für alle Länder in Euro.

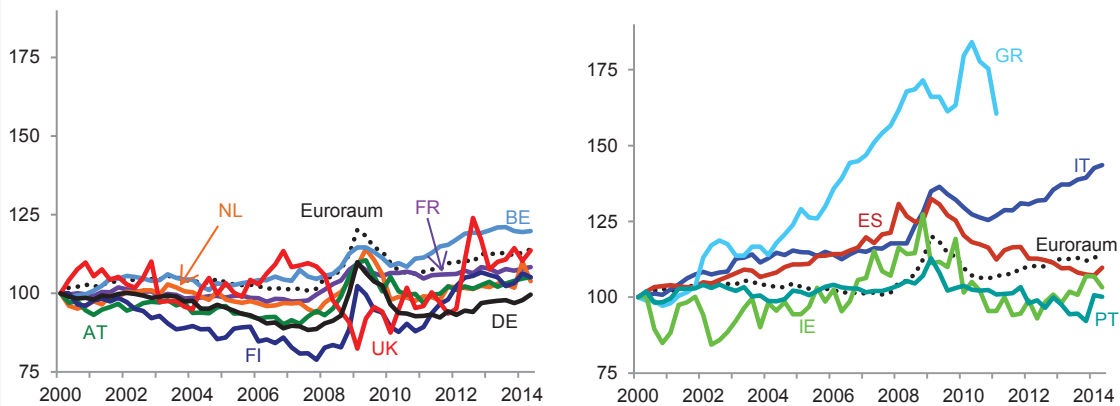
² Wirtschaftszweige B bis N (NACE Rev. 2); B bis F: Produzierendes Gewerbe; G bis N: Marktbestimmte Dienstleistungen.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 28.10.2014).



Lohnstückkostenentwicklung¹ in der Industrie² im Euroraum sowie im Vereinigten Königreich

2000q1=100



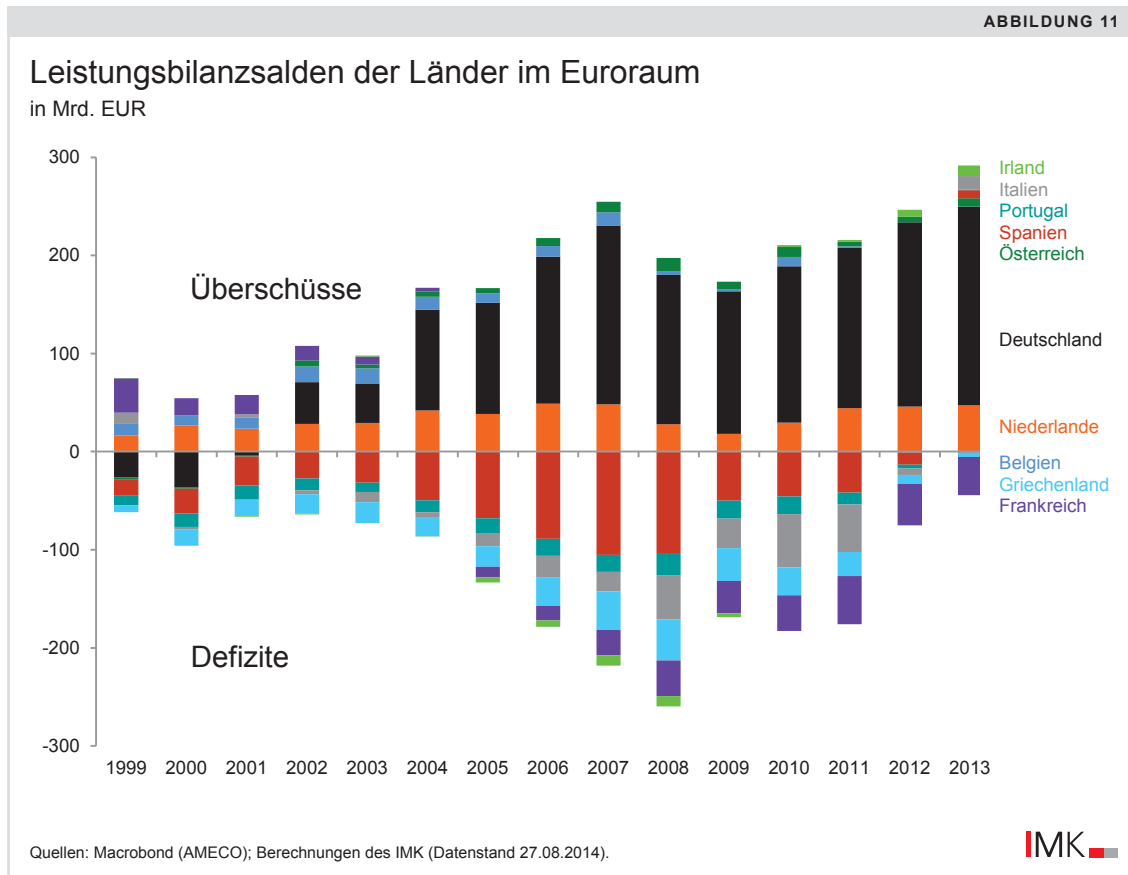
AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, EWU = Europäische Währungsunion, FI = Finnland, FR = Frankreich, GR = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

¹ Die Berechnung der Lohnstückkosten (auf Personenbasis; Österreich: Jobs) erfolgte für alle Länder in Euro. Daten für Polen liegen nicht ab 2000 vor.

² Wirtschaftszweige B bis N (NACE Rev. 2); B bis F: Produzierendes Gewerbe; G bis N: Marktbestimmte Dienstleistungen.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 28.10.2014).





die Arbeitskosten bei der Erstellung der industriellen Endprodukte um 8 bis 10 % bzw. rund 3 Euro je Arbeitsstunde in der Industrie (Ludwig 2013). Hier ist Deutschland allerdings eine Ausnahme (Abbildung 6). In allen anderen Ländern liegen die Arbeitskosten in Industrie und privaten Dienstleistungen viel näher beieinander oder die Arbeitskosten für private Dienstleistungen sind höher als die in der Industrie.

Lohnstückkostenentwicklung und gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte im Euroraum

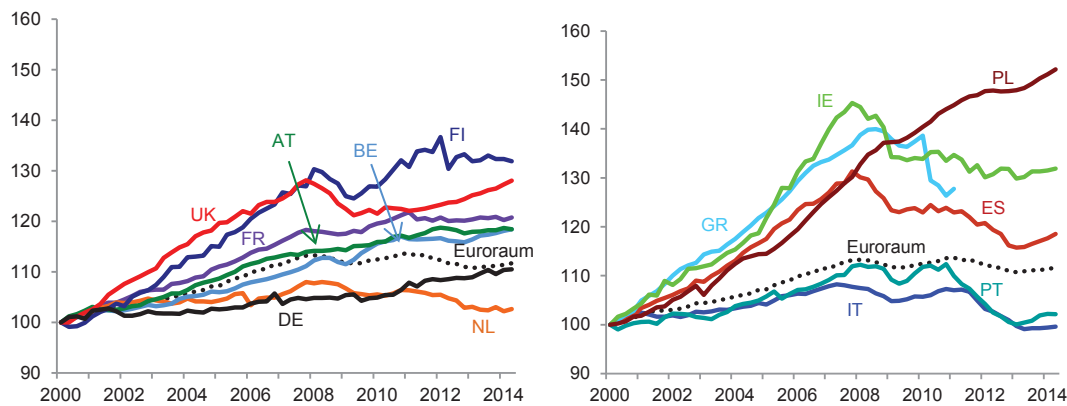
Seit Beginn der Währungsunion ist eine zunehmende Divergenz der Lohnstückkostenentwicklung in der Gesamtwirtschaft und damit der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Euroländern zu beobachten. Da Länder in einem gemeinsamen Währungsraum nicht die Möglichkeit haben, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit durch eine Abwertung ihrer Währung zu verbessern, konnten sich unter anderem im Euroraum große Leistungsbilanzungleichgewichte entwickeln, die ein wichtiger Grund für die anhaltende Krise sind. Letztlich kann diese Krise nur gelöst werden, wenn die Leistungsbilanzungleichgewichte abgebaut werden. Dazu müssten – so die übliche Argumentation

– die Lohnstückkosten in den Krisenländern sinken, damit diese Länder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen und über vermehrte Exporte und reduzierte Importe ihre Handels- und damit auch ihre Leistungsbilanz verbessern können. Von der so erreichten Verbesserung des Außenbeitrags sollte ein positiver Stimulus auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum in diesen Ländern ausgehen.

Spanien, Portugal, Irland und Griechenland ist es unter enormen Belastungen für die Bevölkerung tatsächlich gelungen, ihre Lohnstückkosten zu senken. In einer schweren Wirtschaftskrise ist das besonders bemerkenswert, weil in einer Rezession normalerweise die Produktivität stärker sinkt als die Arbeitskosten und damit die Lohnstückkosten steigen. So hat Griechenland seine Leistungsbilanzdefizite im Jahr 2013 weiter deutlich reduziert; Spanien, Italien, Irland und Portugal erzielten sogar Überschüsse. Diese kamen dadurch zustande, dass die Exporte dieser Länder expandierten, während die Importe in den vergangenen Jahren zurückgingen und jetzt im Großen und Ganzen stagnieren. Gleichzeitig waren aber die Einkommensverluste in diesen Ländern so gewaltig, dass die Konsumausgaben der privaten Haushalte drastisch sanken (Abbildung 12). Das Bruttoinlandsprodukt ging in den Krisenländern nach einem Rückgang im Jahr 2012 auch – Ausnahme Irland – im Jahr 2013 weiter zu-

Entwicklung des privaten Konsums¹ im Euroraum sowie in ausgewählten EU-Ländern

2000q1=100



AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, GR = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

¹ Die Berechnung des privaten Konsums erfolgte für alle Länder in Landeswährung. Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 28.10.2014).



rück, nachdem es sich in den beiden Jahren zuvor bereits teilweise stabilisiert hatte³ (Abbildung 13).

Die Anpassungsleistung beim Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte kann nicht allein von den Defizitländern erbracht werden, sondern auch die Überschussländer – allen voran Deutschland – müssen ihren Beitrag leisten. Deutschland hat den größten Leistungsbilanzüberschuss im Euroraum. Während Irland, Spanien und Portugal ihre Lohnstückkosten bis Mitte 2014 schon soweit reduziert hatten, dass sie dem Durchschnitt der Entwicklung im Euroraum entsprechen, und damit über den Zeitraum der Währungsunion gerechnet sogar unterhalb des Inflationsziels der Europäischen Zentralbank von knapp 2 Prozent pro Jahr liegen, weicht Deutschland von diesem Ziel noch immer eklatant nach unten ab – mit einem durchschnittlichen Lohnstückkostenanstieg von weniger als einem Prozent pro Jahr. In Deutschland müssen daher die Löhne und damit auch die Lohnstückkosten deutlich kräftiger steigen.

Um stabilitätskonform und damit wettbewerbsneutral zu sein, wären in der Vergangenheit in Deutschland um insgesamt etwa einen Prozentpunkt höhere gesamtwirtschaftliche Lohn- und damit Lohnstückkostenzuwächse pro Jahr notwendig gewesen. Im vergangenen Jahr lag der Zuwachs bei den Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft hierzulande bei 2,3 % und damit über dem Euroraum-Durchschnitt von 1,2 %. Auch im ersten Halbjahr

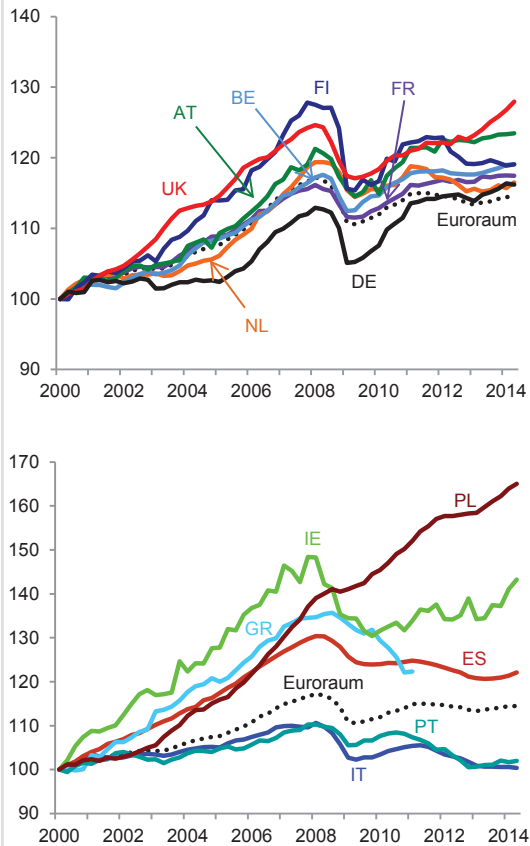
³ Für Griechenland liegen noch keine amtlichen Zahlen vor.

2014 betrug die Steigerung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Deutschland mit 1,7 % ebenfalls einen Prozentpunkt mehr als die 0,7 % Zuwachs im Euroraum. Dies allein ist noch kein stabilitätskonformer Pfad der Lohnentwicklung, der die binnenwirtschaftliche Entwicklung fördert und die Anpassungsprozesse im Euroraum spürbar erleichtert.

Die deutschen Exporte haben sich real seit Anfang 2000 mehr als verdoppelt (Abbildung 14), während der private Konsum preisbereinigt gerade mal um gut 10 % zulegte. Bei der zeitweise sogar negativen deutschen Reallohnentwicklung in diesem Zeitraum konnten von den Konsumenten keine expansiven Impulse für den Import von Gütern und Dienstleistungen ausgehen. Vielmehr wurde Deutschlands Wirtschaftswachstum wesentlich von der Auslandsnachfrage getragen. Spätestens jetzt, wo Europa schwächelt und teilweise in einer Rezession verharret, müsste Deutschland die Nachfrage stimulieren. Die Fixierung der deutschen Bundesregierung auf die „schwarze Null“ beim öffentlichen Defizit wird daher zu Recht auch von den Instituten der Gemeinschaftsdiagnose in ihrem Herbstgutachten gerügt (GD 2014). Die Finanzpolitik müsste stattdessen die Lohnpolitik aktiv durch eine Nachfrage stärkende Politik unterstützen. Mit der Konzentration auf verbesserte Infrastruktur und Bildung würden gleichzeitig auch die langfristigen Angebotsbedingungen verbessert.

Im Unterschied zur Entwicklung im Euroraum ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts¹ im Euroraum sowie in ausgewählten EU-Ländern
2000q1=100



AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, GR = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

¹ Die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts erfolgte für alle Länder in Landeswährung. Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 28.10.2014).



in der Großen Rezession kaum zurückgegangen und steigt seit Frühjahr 2010 sogar, allerdings zuletzt etwas abgeschwächt (Abbildung 15). Die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der Konsum zuletzt das Wirtschaftswachstum hierzulande stabilisiert hat und Deutschland bisher vergleichsweise gut durch die immer noch anhaltende Krise des Euroraums gekommen ist. Dennoch darf man angesichts dieser positiven Entwicklung nicht übersehen, dass sich in Deutschland im ersten Jahrzehnt nach Beginn der Währungsunion die Arbeitnehmerentgelte (Abbildung 16) und der private Verbrauch deutlich unterdurchschnittlich entwickelt hatten und auch an-

schließend keine Angleichung an die europäische Entwicklung stattgefunden hat.

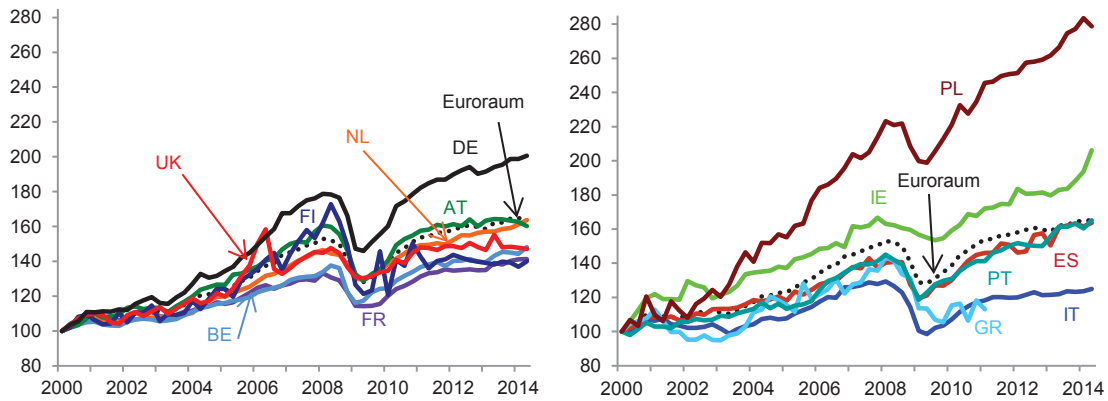
Um eine balancierte außenwirtschaftliche Entwicklung innerhalb des Euroraums zu erreichen, muss die Lohnentwicklung in Deutschland deutlich dynamischer werden. Die meisten Krisenländer haben ihre Anpassungsleistung nach unten schon hinter sich. Nach einem Zuwachs um 3,3 % im Jahr 2012 betrug der Anstieg der Arbeitskosten pro Stunde in der Privatwirtschaft im vergangenen Jahr in Deutschland 1,4 % und lag damit nur noch geringfügig über dem Euroraum-Durchschnitt von 1,2 %. Auch ist die Steigerungsrate im ersten Halbjahr 2014 mit 1,1 % gerade mal so hoch wie der Durchschnitt im Euroraum. Diese Steigerungsrate ist weit entfernt von der Summe aus Zielinflationsrate der EZB von knapp 2 Prozent und dem langjährigen durchschnittlichen Produktivitätszuwachs. Insofern stellen die Lohnsteigerungen der letzten Jahre zwar zum Teil eine Normalisierung dar, sind aber insgesamt noch zu gering, um die Divergenzen innerhalb des Euroraums abzubauen und gleichzeitig Preisstabilität zu wahren.

Lohnsteigerungen sollten gesamtwirtschaftlich orientiert sein

Für eine nachhaltige Entwicklung innerhalb der Europäischen Währungsunion wäre von Anfang an die Umsetzung einer makroökonomisch orientierten Lohnpolitik (Herr und Horn 2012) in den Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung gewesen, also gesamtwirtschaftliche Lohnsteigerungen, die sich am Inflationsziel der EZB und dem trendmäßigen Produktivitätsfortschritt in der jeweiligen Volkswirtschaft orientiert hätten. Simulationen mit dem Makromodell des IMK zeigen, dass sich auch Deutschland gesamtwirtschaftlich betrachtet besser gestellt hätte, wenn die Löhne bzw. Arbeitskosten hierzulande seit Beginn der Währungsunion entsprechend obiger „Faustformel“ mit etwa 3 % pro Jahr gestiegen wären. Zwar wären dann die Exportsteigerungen niedriger ausgefallen, doch ein höherer privater Konsum hätte negative Wachstums- und Beschäftigungseffekte verhindert. Trotz etwas höherer Preise wären die Reallöhne kräftig gestiegen (Herzog-Stein et al. 2013b), statt – wie im letzten Jahrzehnt geschehen – sogar zeitweise zurückzugehen. Unter dem Strich wären die Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des Euroraums deutlich geringer gewesen und der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands wäre erheblich niedriger ausgefallen. Die Krise des Euroraums hätte so geringere Ausmaße angenommen und ließe sich deshalb auch leichter lösen.

ABBILDUNG 14

Entwicklung der Exporte¹ im Euroraum sowie in ausgewählten EU-Ländern 2000q1=100



AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, GR = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

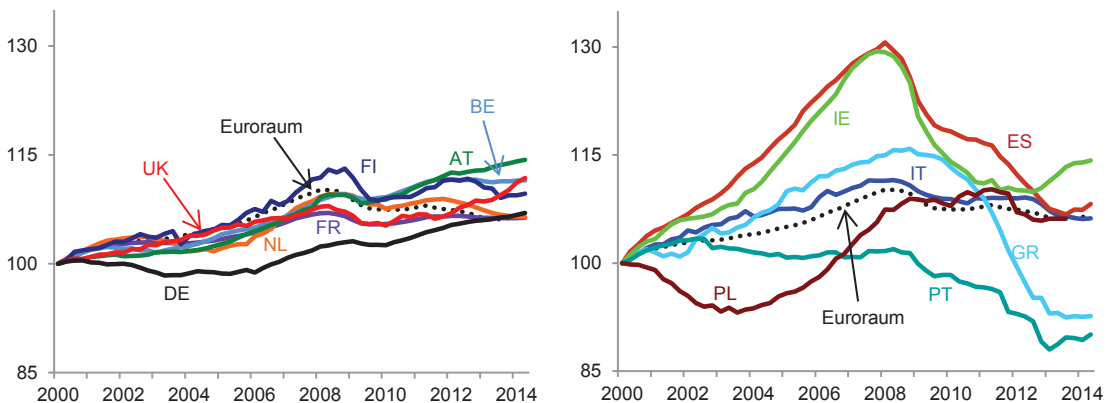
¹ Die Berechnung des privaten Konsums erfolgte für alle Länder in Landeswährung. Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 28.10.2014).



ABBILDUNG 15

Entwicklung der Erwerbstätigen¹ im Euroraum sowie in ausgewählten EU-Ländern 2000q1=100



AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, GR = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

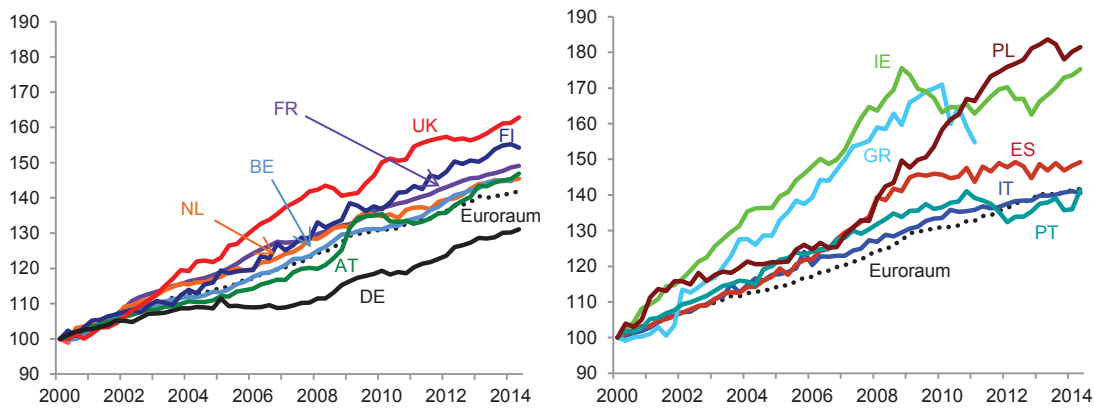
¹ Erwerbstätigkeit auf Personenbasis. Saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 27.08.2014).



Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte¹ in der Gesamtwirtschaft im Euroraum sowie in ausgewählten EU-Ländern

2000q1=100



AT = Österreich, BE = Belgien, DE = Deutschland, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, GR = Griechenland, IE = Irland, IT = Italien, NL = Niederlande, PL = Polen, PT = Portugal, UK = Vereinigtes Königreich.

¹ Arbeitnehmerentgelte je Stunde. Nominal, saison- und arbeitstäglich bereinigt. In Landeswährung.

Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 28.10.2014).



Bei den Forderungen der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank (EZB) nach höheren Löhnen in Deutschland (Plickert und Creuzburg 2014; Pennekamp 2014), die diesen Sommer große Aufmerksamkeit erlangten, dürften allerdings nicht nur die notwendige Unterstützung für die Anpassungsprozesse im Euroraum eine Rolle gespielt haben, sondern auch die gegenwärtige Gefahr eines Hineingleitens in eine Deflation. Im Euroraum insgesamt sank die Inflationsrate fast stetig und erreichte im Oktober 2014 nur noch einen Wert von 0,4 % gegenüber dem Vorjahr; in Deutschland waren es zwar immerhin noch 0,8 %, aber auch dieser Wert unterschreitet das Preisziel der EZB um mehr als die Hälfte. Mit höheren Lohnstückkosten in Deutschland dürften auch die Preise wieder steigen, so die – vermutliche – Hoffnung der Zentralbanken. Mit einer dynamischeren Lohnentwicklung würde der private Konsum und die binnenwirtschaftliche Entwicklung gestärkt. Damit könnten gleichzeitig die Exportabhängigkeit reduziert und die Importe zugunsten auch der Krisenländer erhöht werden, und die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse, die seit Jahren wieder zunehmen, könnten so zurückgeführt werden. Allerdings müsste Deutschland in den kommenden Jahren, als Korrektur seiner vorhergehenden Politik, einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten um deutlich mehr als 2 % pro Jahr zulassen. Das impliziert über Jahre hinaus gesamtwirtschaftliche Lohnsteigerungen von deutlich mehr als 3 %.

Ein solcher Anstieg stünde auch im Einklang mit dem Inflationsziel der EZB für den Euroraum insgesamt und würde es den Krisenländern ermöglichen, ihren Anpassungspfad so zu modifizieren, dass er nicht in Deflation und Depression endet. Diese Empfehlung geht über das hinaus, was Bundesbank und EZB fordern, folgt aber letztlich der Logik der EZB, die sich grundsätzlich nicht an den Inflationsraten in einzelnen Mitgliedsländern des Euroraums sondern an der Inflationsrate des gesamten Währungsgebiets orientiert. Eine höhere Inflationsrate in Deutschland wäre derzeit nicht nur unproblematisch sondern dringend geboten, um die Zielinflationsrate der EZB für den Euroraum insgesamt zu erreichen. Unterschiede in den Inflationsraten einzelner Länder sind dann erwünscht, wenn sie zum Abbau von Ungleichgewichten beitragen.

Die Umsetzung der Lohnanpassung sollte allerdings nicht in der vom DIW Berlin geforderten Weise geschehen, nach der sich die Löhne in den einzelnen Sektoren streng an der jeweiligen branchenspezifischen Bruttowertschöpfung der Arbeitnehmer zu orientieren hätten (Brenke 2014). Nach DIW-Berechnungen besteht bei dieser Betrachtung zwar in den meisten Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes ein erheblicher Nachholbedarf bei den Löhnen, aber überhaupt keiner im Dienstleistungssektor. Folgte man diesen Ratschlägen, dann würde die gegenwärtig schon erhebliche Lohnspreizung zwischen Industrie und privatem Dienstleistungssektor noch weiter zunehmen. Zudem sind die

Messung der Produktivität vor allem bei den sozialen Dienstleistungen und eine davon abgeleitete produktivitätsorientierte Entlohnung problematisch und gesellschaftspolitisch unerwünscht.

Auch wäre es gesamtwirtschaftlich nicht zu vertreten, wenn qualifizierte Arbeit in Bereichen, die nicht sofort aufgrund von hohem Kapitaleinsatz und marktfähiger Produktion zu messbaren hohen Produktivitätseffekten führt, nicht angemessen entlohnt würde. So sind z.B. die Bereiche Bildung, Forschung und Entwicklung für Deutschland von eminenter Bedeutung für das zukünftige Wirtschaftswachstum. Hier bei der Entlohnung zu sparen, weil sich häufig erst viel später und dann auch nicht mehr direkt zuordenbare Produktivitätseffekte zeigen, wäre volkswirtschaftlich schädlich. Die skandinavischen Länder zeigen, dass hohe Löhne im Dienstleistungssektor kein Hindernis sind für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.

Mit dem Beginn der Europäischen Währungsunion hatten sich die Rahmenbedingungen für aus gesamtwirtschaftlicher Sicht angemessene Lohnerhöhungen in einzelnen Ländern bzw. Sektoren und Branchen grundlegend verändert. Die EZB orientiert sich bei der Einhaltung des Inflationsziels nicht an nationalen Inflationsraten – wie zuvor die Deutsche Bundesbank für Deutschland – und gleichzeitig sind nominale nationale Abwertungen nach einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr möglich. Zudem werden hohe Leistungsbilanzdefizite einzelner Länder bei der gegenwärtigen Konstitution der Europäischen Währungsunion von den Marktteilnehmern mit Zinsaufschlägen bestraft. In einer solchen Konstellation ist es zwingend, dass sich die nationalen Lohnstückkostenentwicklungen im Trend an der Zielinflationsrate der EZB von knapp 2 % orientieren, um Wettbewerbsverzerrungen und größere Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb des Euroraums zu vermeiden. Diese Notwendigkeit wurde von Seiten der Politik sowohl auf der nationalen wie auch der europäischen Ebene bis zur Krise kaum zur Kenntnis genommen. Nicht nur hat die makroökonomische Lohnorientierung eine geringe Rolle bei Tarifverhandlungen gespielt. Wichtiger noch: Es fehlte sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene ein geeigneter makroökonomischer Rahmen und die Bereitschaft zu einer aktiven Nachfragepolitik, um bei sich selbstverstärkenden Prozessen gegensteuern zu können und die immer weiter voranschreitende Auseinanderentwicklung der Volkswirtschaften zu vermeiden.

Gleichzeitig haben sich die Preissetzungsstrategien der Unternehmen verändert. So führen

beispielsweise vergleichsweise geringe Lohn- bzw. Lohnstückkostenentwicklungen in einem Sektor eines Landes nicht zwingend zu entsprechenden Preissenkungen auf dem Inlandsmarkt. Da, wo es die Märkte erlauben, wird vielmehr ein Teil des Kostenvorteils über erhöhte Gewinnmargen abgeschöpft. In einer solchen Konstellation stößt die Lohnsetzung auf Branchenebene an ihre Grenzen bei der Einhaltung gesamtwirtschaftlicher Lohnsetzungsregeln. Abweichungen nach oben und unten von der generellen Linie einer makroökonomisch orientierten Lohnpolitik – mittelfristiger landesspezifischer gesamtwirtschaftlicher Produktivitätsanstieg plus Zielinflationsrate – müssen vielmehr zugelassen werden, wenn man die generelle Linie im Durchschnitt über die verschiedenen Branchen hinweg erreichen will. Denn allein schon aufgrund der unterschiedlichen Verhandlungsmacht von Gewerkschaften und Arbeitgebern in den einzelnen Branchen oder Sektoren und den jeweils unterschiedlichen konjunkturellen und strukturellen Situationen ergeben sich Abweichungen von der Neutralitätlinie. Will man den gesamtwirtschaftlichen Lohnerhöhungsspielraum wirklich ausnutzen, dann gelingt dies realistischerweise nur, wenn in bestimmten Perioden einzelne Branchen von der neutralen Linie bei den Lohnzuwachsen nach oben abweichen und so Unterschreitungen in anderen Branchen ausgleichen. Doch das sind zwangsläufig nicht immer die gleichen Branchen. Spartengewerkschaften können zwar aufgrund ihrer spezifischen Situation und auch nur für eine kleine Gruppe gut organisierter Mitglieder ihre Interessen durchsetzen. Doch machen sie das völlig losgelöst von einer gesamtwirtschaftlichen Orientierung. Zudem kann die Durchsetzung dieser Interessen einer kleinen Gruppe auch mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden sein.

Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro wird die Lohnentwicklung im unteren Bereich stabilisiert. Wichtig wäre noch der zweite Schritt, bei dem – insbesondere in Bereichen mit geringer Tarifbindung – stärker das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Flächentarifverträgen genutzt wird. Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie ist nicht nur ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn eingeführt worden, gleichzeitig ist auch die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen einfacher geworden. Jetzt gilt es, dieses Instrument in der Praxis verstärkt zu nutzen.

Methodischer Anhang

Was sind Arbeitskosten?

Arbeitskosten sind die Gesamtausgaben der Arbeitgeber für die Beschäftigung der Arbeitnehmer.¹ Die gesamten Arbeitskosten setzen sich aus den folgenden Kostenarten zusammen:

- Arbeitnehmerentgelt (D.1)
- Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung (D.2)
- Sonstige Aufwendungen (D.3)
- Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl (D.4) abzüglich dem Arbeitgeber erstattete Lohn- und Gehaltszahlungen (=Lohnsubventionen) (D.5).

Im Einzelnen beinhalten diese Kostenarten Folgendes: Das **Arbeitnehmerentgelt** (D.1) umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von den Arbeitgebern an Beschäftigte erbracht werden, und zwar als Vergütung für die von den Arbeitnehmern im Berichtszeitraum geleistete Arbeit. Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern (D.11) sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber (D.12). Zu den **Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung** (D.2) zählen z.B. Lehrgänge für die Beschäftigten, Vergütungen für firmenfremdes Ausbildungspersonal, Kosten für Schulungsmaterial sowie Prüfungsgebühren. Unter **sonstige Aufwendungen** (D.3) fallen die Kosten für gestellte Berufskleidung und solche, die den Arbeitgebern im Zusammenhang mit Neueinstellungen entstehen (z.B. Kosten für Stellenanzeigen, Erstattung von Umzugskosten oder von Reisekosten für Vorstellungsgespräche). Unter **Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl** (D.4) wird die Ausgleichsabgabe nach Schwerbehindertenrecht erfasst und unter die **Lohnsubventionen** (D.5) fallen die Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit wie Einstellungszuschüsse, Eingliederungszuschüsse und Lohnzuschüsse zum Kombilohn.

Aus den verschiedenen Kostenarten können weitere Kenngrößen gebildet werden. So unterscheiden die ILO und Eurostat zwischen direkten und indirekten Kosten, was einer Aufteilung der Arbeitskosten in **Bruttolöhne und -gehälter** (D.11) und **Lohnnebenkosten** (= D.12 + D.2 + D.3 + D.4 - D.5) entspricht. Als Bruttolöhne und -gehälter (BLG) bezeichnet man die Löhne und Gehälter der

Arbeitnehmer vor Abzug der Lohnsteuer sowie der Beiträge der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung. Zu den BLG zählen das Entgelt für die geleistete Arbeitszeit, Sonderzahlungen (wie z.B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen), vermögenswirksame Leistungen, Vergütungen für nicht gearbeitete Tage (wie z.B. Feiertage oder tatsächlich in Anspruch genommene Urlaubstage) sowie Sachleistungen (wie z.B. Mitarbeiterwohnungen, Firmenwagen, Job-Tickets). Die Lohnnebenkosten gliedern sich auf in die

- gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung,
- tarifvertraglich vereinbarten bzw. freiwilligen Aufwendungen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung (das ist vor allem die betriebliche Altersvorsorge) sowie
- die sonstigen Lohnnebenkosten (= D.2 + D.3 + D.4 - D.5) wie die Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, Abfindungen, Kosten die für Aus- und Weiterbildung sowie für die Neueinstellung von Mitarbeitern, Steuern auf die Lohnsumme bzw. Beschäftigtenzahl abzüglich Lohnsubventionen.

Wie werden die Arbeitskosten ermittelt?

Alle vier Jahre wird in Deutschland eine **Arbeitskostenerhebung** (AKE) durchgeführt, deren Ziel es ist, das Niveau und die Struktur der Kosten des Produktionsfaktors Arbeit zu ermitteln. Im Rahmen der AKE werden von Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten detaillierte Angaben zu allen Bestandteilen der Arbeitskosten sowie zum Arbeitseinsatz (Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze, bezahlte und geleistete Arbeitsstunden) erfragt bzw. auf Basis der erhobenen Informationen berechnet.

Für welche Wirtschaftszweige werden Arbeitskosten im Rahmen der Arbeitskostenerhebung ermittelt?

Im Laufe der Zeit wurde in Deutschland der Kreis der Wirtschaftszweige (sog. Wirtschaftsabschnitte), die in die Arbeitskostenerhebung einbezogen wurden, beständig erweitert. Wurden in der AKE 2000 das Produzierende Gewerbe (WZ 2003, Abschnitte C-F, siehe Tabelle A1) sowie Teile des privaten Dienstleistungssektors (Abschnitte G, H, J) erfasst, werden seit dem Berichtsjahr 2004 der sekundäre und gesamte tertiäre Sektor (Abschnitte C-O) abgedeckt. Die letzte AKE wurde 2008 durchgeführt und war mit der Einführung einer neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige, der WZ 2008 (NACE Rev. 2), verbunden. Wirtschaftszweigklassifikation

¹ Die folgenden Erläuterungen sind eine Zusammenfassung der sehr detaillierten Darstellung der Kostenarten in der Publikation des Statistischen Bundesamtes zur Arbeitskostenerhebung 2008 (Statistisches Bundesamt 2010).

Klassifikation der Wirtschaftszweige

nach NACE Rev. 1.1 und NACE Rev. 2

WZ 2003 (NACE Rev. 1.1)		WZ 2008 (NACE Rev. 2)	
Abschnitt	Bezeichnung	Abschnitt	Bezeichnung
A	Land- und Forstwirtschaft	A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
B	Fischerei und Fischzucht		
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
D	Verarbeitendes Gewerbe	C	Verarbeitendes Gewerbe
E	Energie und Wasserversorgung	D	Energieversorgung
		E	Wasserversorgung: Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
F	Baugewerbe	F	Baugewerbe
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
H	Gastgewerbe	I	Gastgewerbe
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	H	Verkehr und Lagerei
		J	Information und Kommunikation
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	L	Grundstücks- und Wohnungswesen
		M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
		N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
M	Erziehung und Unterricht	P	Erziehung und Unterricht
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	Q	Gesundheits- und Sozialwesen
O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	R	Kunst, Unterhaltung und Erholung
		S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
P	Private Haushalte	T	Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
Q	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	U	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

Quelle: Statistisches Bundesamt (2008), S. 54f.



nen müssen von Zeit zu Zeit angepasst werden, um dem Strukturwandel in einer Volkswirtschaft Rechnung zu tragen. Da in Deutschland der Dienstleistungssektor immer mehr an Bedeutung gewinnt, während der primäre und der sekundäre Sektor kontinuierlich an Bedeutung einbüßen, ist ein wesentliches Ziel der WZ 2008 die detailliertere Erfassung des Dienstleistungssektors. Deshalb wurde die Anzahl der Wirtschaftsabschnitte von 17 auf 21 erhöht (Tabelle A1) und die Anzahl der Abteilungen vor allem im Dienstleistungssektor deutlich ausgeweitet. Aktuell werden in der AKE die Wirtschaftszweige B bis S erfasst.

Die Einführung der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige stellt den Datennutzer vor eine Reihe von Problemen, da sich die WZ 2008 (NACE Rev. 2) deutlich von ihrer Vorgängerklassifikation, der WZ 2003 (NACE Rev. 1.1), unterscheidet. Auf der Ebene der Abschnitte sind Vergleiche mit früheren Veröffentlichungen deshalb nur schwer möglich; nur die Abschnitte C, P und Q sind noch recht gut mit den früheren Abschnitten D, M und N vergleichbar. Das Problem der Vergleichbarkeit wird entschärft, wenn man größere Aggregate wie die Privatwirtschaft oder die privaten Dienstleistungen betrachtet.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Arbeitskostenerhebung und dem Arbeitskostenindex?

Die wichtigste Kennzahl, die auf Basis der AKE berechnet wird, sind die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde.² Für das jeweilige Berichtsjahr der AKE liegen diese Angaben vor. In den drei Jahren bis zur nächsten Erhebung müssen die Arbeitskosten je Stunde geschätzt werden. Dazu werden zunächst die einzelnen Bestandteile der Arbeitskosten und die geleisteten Arbeitsstunden mittels unterjähriger Indikatoren vierteljährlich fortgeschrieben.³ Aus diesen Schätzungen der einzelnen Kostenarten sowie der geleisteten Arbeitsstunden, die für die einzelnen Wirtschaftsbereiche durchgeführt werden, werden dann Vierteljahreswerte für die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde in den entsprechenden Wirtschaftsbereichen berechnet. Diese Niveauangaben werden anschließend für das Indexbasisjahr auf 100 gesetzt und zu einem Arbeitskostenindex (z.B. für die Arbeitskosten in der Privatwirtschaft) zusammengewichtet. Der Arbeitskostenindex (AKI) misst vierteljährlich die Entwicklung der Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde.⁴

² Unter geleisteten Arbeitsstunden versteht man die tatsächlich geleisteten Stunden, d.h. unter Einschluss geleisteter Überstunden, aber ohne Krankheits-, Urlaubs- oder Feiertage.

³ Für die Fortschreibung der Bruttolöhne und -gehälter werden die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Laufenden Verdiensterhebung (VVE) verwendet, ergänzt um tarifvertraglich vereinbarte Entwicklungen (insbesondere im Dienstleistungsbereich). Die gesetzlichen und freiwilligen Sozialbeiträge der Arbeitgeber werden unter Verwendung der in der VVE erhobenen Bruttolöhne und -gehälter und unter Heranziehung der verschiedenen Beitragssätze zu den Sozialversicherungen fortgeschrieben. Für die Fortschreibung der Angaben zur betrieblichen Altersversorgung werden Daten aus der VGR verwendet. Für die Fortschreibung der geleisteten Stunden werden vierteljährliche Angaben aus der VVE zu den bezahlten Stunden mit Ergebnissen aus der Arbeitszeit- und Arbeitsvolumenrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), aus der vierteljährlich verschiedene Arbeitszeitkomponenten (z.B. Entwicklung von Arbeitszeitkonten) vorliegen, verknüpft (Droßard 2004, S. 907, siehe auch das Destatis-Glossar unter: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Arbeitskostenindex.psm1>).

⁴ Der AKI wird in drei Varianten angeboten: als Indexzeitreihe zum jeweils aktuellen Basisjahr sowie einmal als eine Zeitreihe, die die Veränderung zum Vorquartal bzw. als eine solche, die die Veränderung zum Vorjahresquartal misst.

Wieso haben die ILO, Eurostat und das Statistische Bundesamt in der Vergangenheit unterschiedliche Werte für die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde ausgewiesen?

In den vergangenen Jahren wurden auf europäischer Ebene enorme Anstrengungen unternommen, um einheitliche Standards für die Messung von Arbeitskosten zu entwickeln. Ein wichtiges Etappenziel auf diesem Weg war die Verabschiedung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Arbeitskostenindex.⁵ „Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sind damit rechtlich verpflichtet, seit dem ersten Quartal 2003 vierteljährlich Angaben zum Arbeitskostenindex in vergleichbarer Form zur Verfügung zu stellen. Geregelt werden u.a. Konzeptionen und Definitionen des Arbeitskostenindex, Erfassungsbereich und wirtschaftssystematische Gliederung, Qualitätsstandards sowie Übergangsregelungen bis zum Ende des Jahres 2006. Dieses Regelwerk schafft die Voraussetzungen, um den bisher vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) intern aus unterschiedlichen Quellen berechneten Arbeitskostenindex auf eine gesicherte methodische Grundlage zu stellen und erstmals konsistente Vergleichszahlen vorzulegen.“ (Droßard 2004, S. 904)

Inzwischen liegen nun für alle EU-Mitgliedstaaten Angaben über die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde vor. Allerdings gestaltete sich in der Vergangenheit ein Vergleich der europäischen Länder hinsichtlich ihrer Arbeitskosten schwierig, weil wichtige Institutionen wie das Statistische Bundesamt, Eurostat und die ILO trotz identischer Primärdaten aus der Arbeitskostenerhebung unterschiedliche Angaben über die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde veröffentlichten. Woran lag das?

Die Unterschiede zwischen den Angaben der vorgenannten Institutionen beruhen auf einer unterschiedlichen Behandlung der Bruttolöhne und -gehälter der Auszubildenden (D.112), der Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Auszubildende (D.123), der geleisteten Stunden der Auszubildenden (B.12) sowie der Lohnsubventionen (D.5) (Günther 2010, S. 871). Die ILO weist die Arbeitskosten nach Abzug der Lohnsubventionen aus und berücksichtigt sowohl bei den Arbeitskosten als auch bei den geleisteten Arbeitsstunden alle Arbeitnehmer, also auch die Auszubildenden. In Deutschland hingegen war es traditionell so, dass bei der Berechnung der Arbeitskosten je Stunde die

⁵ Grundlage für die Erhebung von Daten für den Arbeitskostenindex sind die beiden Verordnungen Nr. 450/2003 sowie Nr. 1216/2003 (Europäisches Parlament und Rat 2003, Europäische Kommission 2003).

Kosten der Auszubildenden berücksichtigt wurden, nicht jedoch die von ihnen geleisteten Arbeitsstunden. Des Weiteren war es in Deutschland üblich, die Arbeitskosten vor und nicht nach Abzug der Lohnsubventionen auszuweisen. Das **Statistische Bundesamt** weist auf diesen Unterschied hin, indem es von Brutto- und Nettoarbeitskosten spricht. Seit der Arbeitskostenerhebung 2008 verwendet das Statistische Bundesamt dieselbe Vorgehensweise wie die ILO und veröffentlicht die Nettoarbeitskosten je geleistete Stunde unter Einschluss der Auszubildenden sowohl bei den Arbeitskosten als auch bei den geleisteten Stunden.

Eurostat hat seine Vorgehensweise in den vergangenen Jahren geändert. Mit dem Berichtsjahr 2000 werden in der Arbeitskostenerhebung die Ergebnisse für Arbeitnehmer und Auszubildende getrennt voneinander ausgewiesen. Das heißt, dass der Indikator Arbeitskosten je geleistete Stunde entsprechend der Vorgehensweise der ILO anhand der Ergebnisse der AKE berechnet werden kann, dass aber keine solche Zeitreihe von Eurostat veröffentlicht wird. Anders verhält es sich bei den jährlichen Schätzungen der Arbeitskosten je geleistete Stunde. Bei diesen Angaben handelt es sich um die Nettoarbeitskosten je geleistete Stunde, wobei sowohl bei den Arbeitskosten als auch bei den geleisteten Arbeitsstunden alle Arbeitnehmer (also auch die Auszubildenden) einbezogen werden. Aus diesem Grund sollte es keine Unterschiede zwischen den von Eurostat veröffentlichten jährlichen Schätzungen und den Angaben der ILO zu den Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde geben.

Unterscheidet sich das Arbeitnehmerentgelt aus der Arbeitskostenstatistik von dem aus der VGR?

Grundsätzlich gilt, dass die Kostenkomponenten der AKE definitorisch mit denen der VGR abgestimmt sind, d.h., dass das Arbeitnehmerentgelt in beiden Fällen dasselbe beinhaltet, nämlich die Bruttolöhne und -gehälter und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber.⁶ Gleichwohl können die Angaben aus beiden Statistiken beträchtlich differieren: „Das

⁶ Unterschiede zwischen beiden Statistiken bestehen hinsichtlich der Zuordnung einzelner Bestandteile des Arbeitnehmerentgelts zu den Bruttolöhnen und -gehältern bzw. zu den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. So werden in der Arbeitskostenstatistik die Lohn- und Gehaltsfortzahlung, Zahlungen an aus dem Unternehmen ausscheidende Arbeitnehmer, Aufstockungsbeträge zu Lohn und Gehalt im Rahmen der Altersteilzeit und Teile der sonstigen freiwilligen Sozialleistungen der Arbeitgeber nicht den Bruttolöhnen und -gehältern, sondern den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zugeordnet. 2008 machten diese Bestandteile knapp 4 Prozent der Arbeitskosten aus (Statistisches Bundesamt 2010, S. 23).

Ergebnis der Arbeitskostenerhebung 2008 für das Arbeitnehmerentgelt je geleistete Stunde (Arbeitnehmer einschließlich Auszubildende) lag für die Wirtschaftsabschnitte B bis S um ca. 13 % über dem vergleichbaren Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Der Abstand resultierte vor allem aus dem Ausschluss der Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten aus der Arbeitskostenerhebung. In Kleinstunternehmen ist das Arbeitnehmerentgelt je geleistete Stunde niedriger als im Durchschnitt aller Unternehmen. Auch zählten die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Beschäftigte mit, die vorübergehend nicht arbeiteten und keinen Verdienst erhielten, aber einen verbrieften Anspruch auf ihren Arbeitsplatz hatten, z.B. nach Ablauf der Lohnfortzahlung oder im Erziehungsurlaub, bzw. in Arbeitsgelegenheiten nach SGB II tätig waren. Beide Gruppen senkten den Durchschnittsverdienst laut VGR merklich, wurden in der Arbeitskostenerhebung aber nicht mitgezählt.“ (Statistisches Bundesamt 2010, S. 23)

Gibt es einen Unterschied zwischen Arbeitnehmerentgelt und Arbeitskosten?

Die Arbeitskosten sind definiert als Arbeitnehmerentgelt plus sonstige Kosten. Da die sonstigen Kosten in Deutschland eine zu vernachlässigende Größe darstellen, gibt es keinen großen Unterschied zwischen Arbeitnehmerentgelt und Arbeitskosten. Gleichwohl können Angaben für das Arbeitnehmerentgelt je Stunde (VGR) und für die Arbeitskosten je Stunde (Arbeitskostenstatistik) stark voneinander abweichen, da – wie oben gezeigt – die Höhe des jeweils verwendeten Arbeitnehmerentgelts sehr unterschiedlich sein kann.

Warum werden neben den Arbeitskosten auch noch die Lohnstückkosten betrachtet?

Es ist nicht sinnvoll, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ausschließlich anhand des Niveaus der Arbeitskosten zu beurteilen, da neben den Kosten die Arbeitsproduktivität eine entscheidende Rolle spielt. Dies ist so, weil Arbeitskostensteigerungen nicht per se ein Produkt verteuern. Ein gleichzeitiger Anstieg der Produktivität kann die Arbeitskostensteigerungen ausgleichen oder sogar überkompensieren. Bei gesteigerter Produktivität kann mit dem gleichen Arbeitseinsatz mehr produziert werden, weswegen die Kosten pro Stück trotz höherer Arbeitskosten nicht entsprechend steigen. Deshalb ist es in Bezug auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit besser, die Lohnstückkosten

heranzuziehen, in deren Berechnung die Produktivität eingeht.

Es gelten folgende definitorische Zusammenhänge:

$$\text{Arbeitsproduktivität}_{\text{Stundenbasis}} = \frac{\text{reale Bruttowertschöpfung}}{\text{Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen}}$$

wobei das Arbeitsvolumen die tatsächlich geleisteten Stunden umfasst.

Die Lohnstückkosten lassen sich bestimmen als:

$$\begin{aligned} \text{Lohnstückkosten}_{\text{Stundenbasis}} &= \frac{\text{nominales Arbeitnehmerentgelt}}{\text{Arbeitsvolumen der abhängig Beschäftigten}} \\ &= \frac{\text{nominales Arbeitnehmerentgelt}}{\text{Arbeitsvolumen der abhängig Beschäftigten}} \cdot \frac{\text{reale Bruttowertschöpfung}}{\text{Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen}} \end{aligned}$$

Anstatt die Lohnstückkosten pro Stunde zu messen, kann dies auch auf Personenbasis erfolgen. Dann können die Lohnstückkosten als Arbeitnehmerentgelt pro Kopf in Relation zur Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen bestimmt werden. Die Lohnstückkosten nach dem Stundenkonzept entsprechen konzeptionell in etwa den Arbeitskosten je geleistete Stunde in Relation zur Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen (Stundenbasis). Ganz exakt ist diese Entsprechung nicht, da die Arbeitskosten aus Arbeitnehmerentgelt plus sonstige Kosten bestehen. Darüber hinaus können zwischen den Lohnstückkosten nach dem Stundenkonzept und den Arbeitskosten je Stunde deutliche Unterschiede bestehen, weil die Höhe des jeweils verwendeten Arbeitnehmerentgelts (VGR versus Arbeitskostenstatistik) sehr unterschiedlich sein kann.

Literatur

Alle IMK-Publikationen finden Sie auch online unter:
http://www.boeckler.de/imk_2733.htm

Brenke, K. (2014): Sektorale Lohnentwicklung: Der Schlüssel zu stärkeren Lohnsteigerungen liegt in der Industrie. In: DIW Wochenbericht Nr. 33, S. 772-779.

Droßard, R. (2004): Auf dem Weg zum Europäischen Arbeitskostenindex. In: Wirtschaft und Statistik 8/2004, S. 904-909.

Düthmann, A. / Hohlfeld, P. / Horn, G. / Logeay, C. / Rietzler, K. / Zwiener, R. (2006): Arbeitskosten in Deutschland - Bisher überschätzt. Auswertung der neuen Eurostat-Statistik. IMK Report Nr. 11.

Europäische Kommission (2003): Verordnung (EG) Nr. 1216/2003 der Kommission vom 7. Juli 2003 zur Durchführung dieser Verordnung.

Europäisches Parlament und Rat (2003): Verordnung (EG) Nr. 450/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003.

Günther, R. (2010): Arbeitskostenerhebung 2008. In: Wirtschaft und Statistik 9/2010, S. 864-873.

Herr, H. / Horn, G.A. (2012): Lohnpolitik heute, IMK Policy Brief, Mai 2012.

Herzog-Stein, A. / Joebges, H. / Stein, U. / Zwiener, R. (2013a): Arbeitskostenentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit in Europa Arbeits- und Lohnstückkosten in 2012 und im 1. Halbjahr 2013. IMK Report Nr. 88.

Herzog-Stein, A. / Lindner, F. / Zwiener, R. (2013b): Nur das Angebot zählt? Wie eine einseitige deutsche Wirtschaftspolitik Chancen vergeben hat und Europa schadet. IMK Report Nr. 87.

Ludwig, U. (2013): Arbeitskosteneffekte des Vorleistungsbezugs der deutschen Industrie unter Berücksichtigung der Arbeitszeiten. Eine Untersuchung mit der Input-Output-Methode. Gutachten im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung. IMK Study Nr. 34.

IW Köln (2014): Arbeitskosten - 50 Euro für eine Stunde. In: IW-Dienst Nr. 8, S. 3.

Pennekamp, J (2014): Löhne rauf, fordert auch die EZB. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 27.7.2014.

Plickert, P. / Creuzburg, D. (2014): Bundesbank-Chef für 3 Prozent Lohnanstieg. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.7.2014.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (GD) (2014): Deutsche Wirtschaft stagniert – Jetzt Wachstumskräfte stärken. In: DIW Wochenbericht Nr. 42, S. 1037-1120.

Statistisches Bundesamt (2008): Klassifikation der Wirtschaftszweige – mit Erläuterungen – 2008, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2010): Verdienste und Arbeitskosten. Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich – Ergebnisse für Deutschland – 2008, Fachserie 16, H. 1, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014a): Pressemitteilung vom 28. März 2014 - 116/14, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014b): Pressemitteilung vom 8. September 2014 – 318/14, Wiesbaden.

Abgeschlossen am 05. November 2014

Impressum

Herausgeber:

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
in der Hans-Böckler-Stiftung,
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266
IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Andrew Watt

Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.